Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 91 | Dresden, Mittwoch den 21. April 1920 | 31. Jahrg.

Das Programm des sächsischen Finanzministers

Der neue Finanzminister Dr. Reinhold läßt der Presse eine Darlegung über sächsische Finanzfragen zugehen, die man wohl als seine programmatischen Ansichten ansprechen darf. Er führte aus:

I.

Die Stunden, in denen ich mich entscheiden mußte, ob ich das mir angebotene Amt als sächsischer Finanzminister annehmen konnte, waren seit dem Zusammenbruche Deutschlands vielleicht die schwersten und dunkelsten für unser Volk. Die verheerenden Folgen des Kappschen Wahnsinns wurden schließlich immer mehr offenbar: das Ruhrrevier brannte in hellen Flammen und zugleich verhöhnte Frankreich unsre Ohnmacht, indem es mit seinen schwarzen Truppen vor uns und der ganzen Welt bewies, daß es nicht einmal die geringen Kautelen des mißhandelten Völkerbundgedankens zu achten willens war und in unsrer engen Heimat selbst hatte gerade der Wahnsinn des Kommunisten Hölz, der leider so ansteckend wirkte, mit seinen Rache- und Brandkommandos seinen Höhepunkt erreicht: Blut und Vernichtung drohte dem Vogtlande.

Wenn ich in dieser kritischen Lage in die Regierung eintrat, so war es, weil meine Ueberzeugung unerschütterlich ist, daß nur die Demokratie den inneren und äußeren Frieden für uns und die Welt gewährleisten und daß es im besonderen für Sachsen nur eine Regierung geben kann, die eine allmähliche Gesundung unsres politischen und wirtschaftlichen Lebens gewährleistet: die Verbindung des freiheitlich gesinnten Bürgertums mit dem Teile der Arbeiterschaft, der sich zum Staatsgedanken bekennt. Deshalb hielt ich es für meine Pflicht, mich der Aufgabe nicht zu entziehen, zu meinem kleinen Teile am Wiederaufbau unsres Vaterlandes mitzuarbeiten und der Idee der Demokratie, die zugleich die Idee des neuen Staates ist, mit festem und sicherm Willen zum Siege zu verhelfen.

Wesentlich erleichtert wurde mir mein Entschluß durch meine Ueberzeugung, daß die Finanzen des sächsischen Staates trotz der schweren Belastung der Kriegs- und Revolutionsjahre im Grund gesund sind. Freilich ist eins unbedingt nötig: Es muß Schluß gemacht werden mit der bis in die letzte Zeit fortgesetzten Uebung, die Einnahmen nicht in Einklang mit den Ausgaben zu bringen. Ich will und kann weder dem Lande noch verantworten, der Volkskammer einen Etat vorzulegen, der, sowie offentliche laufende Ausgaben und Einnahmen in Betracht kommen, nicht balanciert.

Dazu ist zweierlei nötig: zunächst müssen die angeforderten Staatsausgaben auf das dringendste Maß eingeschränkt werden. Ich habe das Gefühl, daß zwar nach wie vor alle Teile der Staatsverwaltung sich der Tatsache unzureichend bewußt sind, daß wir durch den verlorenen Krieg mit seiner unerträglichen Vernichtung von lebenden und toten Werten ein armes Volk geworden sind, das, will es wieder emporkommen, sparen muß. Mir scheint, daß der Staat noch immer einen viel zu großen und umständlichen Apparat in Anspruch nimmt und daß aber die Vereinfachung der Verwaltung bisher zwar sehr viel gesprochen wurde, dagegen noch nichts Wirksames in dieser Richtung geschehen ist. Der Aufgabenkreis des Staates wird fortdauernd erweitert und die Bürgen sind trotz den Neueinstellungen zum größten Teil bis über ihre Kraft hinaus belastet: aber diese Belastung ist zum guten Teile auf eine durchaus entbehrliche Umständlichkeit des Geschäftsgebarens zurückzuführen. Hier Wandel zu schaffen, und zwar sofort Wandel zu schaffen, muß Aufgabe des Ministeriums im Einvernehmen mit der Volkskammer sein.

Weiter können wir aber von seiten des Landes auch den Zustand nicht länger mehr dulden, daß das Reich, das uns die Steuerhoheit genommen hat, uns trotzdem immer neue Aufgaben zuweist, die schwere finanzielle Lasten mit sich bringen. Dieser Versuch wird fortdauernd gemacht, und hier darf es von seiten der Länder nur ein prinzipielles und ganz unbeugsames Nein geben. Das Landessteuergesetz hat die finanziellen Kompetenzen, soweit die Einnahmen in Betracht kommen, endgültig geregelt. Deshalb muß verlangt werden, daß auch eine Regelung der Ausgaben, die der Verteilung der Einnahmen zwischen Reich und Ländern entspricht, endlich erfolgt. Es ist (um nur ein Beispiel aus vielen herauszugreifen) schlechterdings unmöglich, daß die Länder zu den maßlosen Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge herangezogen werden. Schon daß sie einen Teil des Verwaltungsaufwandes selbst bestreiten, ist vom finanziellen Standpunkt der Länder aus schwer zu vertreten. Die ganze Materie muß Reichssache sein.

Man darf bei der Regelung aller dieser Fragen nie vergessen, daß das Rückgrat unsrer Finanzen, die Einkommensteuer, in Zukunft beim Reiche gehört. Für uns in Sachsen gewinnen deshalb unsre werbenden Anlagen eine immer einschneidendere Bedeutung. Es wird meine Aufgabe sein, an die ich sofort herangegangen bin, diese werbenden Staatsanlagen, unsern eigentlichen Staatsreichtum, in ganz andrer Weise als bisher für unsre Finanzen auszunutzen. Dazu aber ist nötig, daß diese Unternehmungen völlig befreit werden von allen bureaukratischen Hemmungen; daß sie nach rein kaufmännischen Grundsätzen betrieben, nicht nach amtlichen geregelt werden, damit sie — soweit das in Staatsbetrieben überhaupt möglich ist — der Privatwirtschaft nicht nachstehen. Ich werde deshalb der Volkskammer baldigst eine Aenderung des Haushaltgesetzes vorschlagen, die die staatlichen Betriebe wesentlich beweglicher und freier gestalten soll. Der Plan ist — in ganz großen Zügen — der, daß die werbenden Staatsanlagen nicht nur in der Finanzierung, sondern auch in der Geschäftsgebarung vollständig wie privatwirtschaftliche Betriebe behandelt werden, und daß sie im Etat nur in einer Ziffer mit dem vermutlichen Reinergebnis erscheinen, während der Volkskammer alljährlich die von Treuhandgesellschaften, die mit modernen Mitteln arbeiten, geprüften Bilanzen als Rechenschaftsbericht zugehen. Die Geschäftsführung selbst wäre meinem Plane nach am besten durch einen Ausschuß der Volkskammer, zu dem außerdem erprobte Männer des Wirtschaftslebens gehören müßten und der der Sache nach etwa dem Aufsichtsrate der Aktiengesellschaften entspräche, zu überwachen. Hand in Hand damit soll die Gewinnung bzw. Erhaltung großzügig arbeitender Männer aus Industrie- und Handelskreisen gehen, die auf Privatdienstvertrag anzustellen sind.

Auf diese Weise sind meiner Ueberzeugung nach sehr wesentliche Summen für die Allgemeinheit herauszuwirtschaften. Man denke nur an die Porzellanmanufaktur in Meißen, die mit ihrem Weltruf weit über unsre Grenzen hinaus, auch was den finanziellen Ertrag betrifft, ein Unternehmen allerersten Ranges werden kann und — so hoffe ich — der Staatskasse in Zukunft nicht Hunderttausende, sondern Millionen bringen soll.

Kapp aus Schweden ausgewiesen

Stockholm, 21. April. Die Polizei hat Dr. Kapp auf Grund der schwedischen Verfassung aus dem Lande verwiesen, hat ihm aber, da ein Paßvisum zur Zeit nicht ausgestellt werden kann, den Aufenthalt im Lande unter polizeilicher Aufsicht erlaubt.

Kapp hat an die schwedische Regierung ein Schreiben gerichtet, worin er sagt, er wolle am liebsten auf dem Lande wissenschaftliche Studien treiben. Von den politischen Geschehnissen in Deutschland werde er sich fernhalten. Wenn die schwedische Regierung sein Gesuch um Genehmigung ablehnt, ersuche er um Ausstellung eines Passes für die Reise über Holland, Belgien und Frankreich nach der Schweiz. Am Schluß dieses Schreibens bemerkt Kapp, daß seine wirtschaftliche Existenz dauernd gesichert sei.

Teuerungszulagen der Eisenbahner

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. Der Reichsfinanzminister hat gestern vor der Kommission Mitteilung gemacht von den Forderungen der Eisenbahnbeamten um Einstufung in eine höhere Klasse der Besoldungsordnung. Nunmehr haben auch die Eisenbahnarbeiter neue Forderungen nach Teuerungszuschlägen gestellt. Namentlich unter dem Werkstattpersonal herrscht gegenwärtig wieder eine starke Erregung, die z. B. in einem rheinländischen Ort zu Teilausständen geführt hat. Schon vor geraumer Zeit haben die Eisenbahnerorganisationen mit den zuständigen Ministerien Verhandlungen über einen Teuerungszuschlag für die Eisenbahnarbeiter und das Werkstattpersonal geführt, die bis jetzt jedoch noch nicht abgeschlossen sind, da noch die Zustimmung des Finanzministers und der preußischen Landesversammlung und der Nationalversammlung fehlt. Bekanntlich läuft der Tarif der Eisenbahnarbeiter am 31. Mai d. J. ab.

Vom 1. Juni an wird ein neuer Tarif in Kraft treten und es wird jetzt bereits der Reichseisenbahntarif, der nach der Vereichlichung der Bahnen in Kraft treten soll, vorbereitet. Die Eisenbahnarbeiter haben darauf hingewiesen, daß sie mit ihren Arbeitslöhnen, die je nach der Orts- und Arbeitsklasse zwischen 2.50 und 3.60 M. schwanken, um 100 Prozent schlechter gestellt sind, als die Arbeiter in der Privatindustrie. Infolgedessen wurde die Verbandsleitung beauftragt, mit dem Eisenbahnminister und dem Finanzminister über Teuerungszuschläge zu verhandeln. Die Arbeiter verlangen einen Zuschlag von 1 M. pro Stunde, und zwar sollen diese Abmachungen rückwirkende Kraft vom 1. Januar haben.

In den Verhandlungen mit dem Eisenbahn- und Finanzminister wurde von den Regierungsvertretern darauf hingewiesen, daß bei der ungünstigen Finanzlage des Reichs derartige Zuschläge nicht gezahlt werden könnten, weil dadurch das Defizit der Eisenbahnen um rund zwei Milliarden Mark vergrößert werde. Angesichts der Notlage der Arbeiterschaft erklärte man sich zu Teuerungszuschlägen jedoch bereit. Es wurde beschlossen, daß männliche Arbeiter in der ersten und zweiten Lohnklasse einen Teuerungszuschlag von 80 Pf., in der dritten und vierten Lohnklasse 70 Pf. und in der fünften und sechsten Lohnklasse 60 Pf. erhalten; Frauen erhalten entsprechend den Lohnabstufungen 60, 50 und 40 Pf. pro Stunde; Jugendliche unter 18 Jahren 40, 30 und 20 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde. Dieses Abkommen ist von der Eisenbahnerorganisation bereits seit einer Woche unterzeichnet worden. Die Teuerungszuschläge haben rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. an. Das Finanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Eisenbahnministerium haben die Vereinbarungen jedoch noch nicht unterzeichnen können, da ihnen die Zustimmung der Nationalversammlung bisher fehlt. Diese Verzögerung des Abkommens hat unter den Eisenbahnern beträchtliche Erregung hervorgerufen und es werden von radikaler Seite Versuche gemacht, diese Gereiztheit in der Arbeiterschaft zu neuen großen Streiks auszunützen, namentlich in den Direktionsbezirken Halle, Magdeburg und Köln muß die Lage als sehr gespannt bezeichnet werden.

Keine Auflösung der Nationalversammlung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. Wie wir von parlamentarischer Seite hören, ist an eine Auflösung der Nationalversammlung nicht zu denken. Nach dem Wortlaut und dem Sinn erhält die Verfassunggebende Nationalversammlung ihr Mandat bis zur Wahl des Ordnungs- und Verfassungsmäßigen Parlaments, des Reichstags. Erst am Tage der Reichstagswahl endet ihr Mandat automatisch. Aber auch von solchen theoretischen Erwägungen abgesehen, halten es politische Kreise auch praktisch für ausgeschlossen, daß in solchen Zeiten das Reich auch nur fünf oder sechs Wochen lang ohne parlamentarische Vertretung sein könnte. Vermutlich wird sich also die Nationalversammlung am Sonnabend oder nächsten Dienstag auf unbestimmte Zeit vertagen und bis zum Tage der Neuwahl bestehen bleiben, aber zu einer neuen Sitzung oder Tagung nur zusammentreten, falls irgend ein unvorhergesehenes wichtiges Ereignis es erfordert.

Die türkische Frage in San Remo

San Remo, 21. April. In der Frühsitzung fuhr die Konferenz mit der Erledigung der aus der Aufteilung der Türkei sich ergebenden Nebenarbeiten fort. Während die Armee- und Marinesachverständigen erst heute vorgeladen werden, begann gestern die Finanzdebatte, ohne daß eine Entscheidung darüber gefallen wäre, ob die Lasten ausschließlich der verbleibenden Türkei aufgebürdet oder auf die einzelnen Splitter verteilt werden sollen.

Bezüglich Armeniens wurde beschlossen, seinem Wunsche für die Zuteilung des Mandats Rechnung zu tragen. Es wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß einzig Amerika imstande sei, die finanziellen und administrativen Lasten zu tragen. Frankreich gelang es, sich Kilikien zu sichern, das aus den Grenzen Armeniens ausgeschlossen bleibt, ebenso wie Trapezunt, das auf englischen Wunsch mit dem Georgien abzutretenden Batum abgetrennt werden soll.

Für die Regelung der europäischen Grenzen der Türkei ist es bedeutsam, daß Venizelos offiziell von der Konferenz befragt wurde. Auf vielleicht sogar vertragliche Unterstützung bauend, scheint es ihm nicht mißlungen zu sein, die griechischen Wünsche durchzusetzen.

Die drei Minister unter sich

Rom, 20. April. In der 2½stündigen Besprechung, welche die drei Minister der Ententestaaten am Sonntag in San Remo hatten, verlangte, den römischen Blättern zufolge, Millerand erregt, daß die Verbündeten Frankreichs Wünschen Rechnung tragen sollten. Dagegen vertraten Lloyd George und Nitti die These, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Interesse Europas liege. Laut Idea Nazionale und Corriere d'Italia wurde die Aussprache teilweise in einem sehr scharfen Tone geführt.

Nittis Ausgleichsversuche

Haag, 21. April. Nitti versucht zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährung der Unterstützung für die besiegten Länder in sich schließen soll. Die italienische Delegation strebt danach, die politischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen unterzuordnen. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, will Nitti den Grund der Reibungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine Versöhnungsformel für alle schwierigen Angelegenheiten finden.

Von Eselei und Verbrechen

S. K. Der frühere Volksbeauftragte Emil Barth, hat in dem bekannten Unabhängigen-Verlag von Adolf Hoffmann seine Kriegs- und Revolutionserinnerungen erscheinen lassen und damit zweifellos einen interessanten Beitrag zu einer der wichtigsten Perioden der deutschen Geschichte geliefert. Natürlich darf man nicht jedes Wort des Emil Barth schon als reine Wahrheit beschwören. Denn täte man das, so wäre er im Deutschen Reiche ungefähr der einzige Mensch von Verstand und Charakter, aber leider lahmgelegt dadurch, daß alle andern entweder Esel oder Verbrecher sind. Leichtsinnige, feige, renommistisch, plump, demagogisch sind sie nach Barth alle, nicht nur die rechtssozialistischen Revolutionsverräter (das versteht sich für Barth von selbst), sondern auch die Dittmann und Haase, die Liebknecht und Dunker. Emil Barth ist der einzige, der schon am 4. August gewußt hat, wie lange der Krieg dauern und wie er enden wird. Emil Barth ist der einzige, der weiß, wann und wie man eine Revolution machen muß, und er hat deshalb die deutsche Revolution gemacht, er allein mit seinem Freunde Paul Eckert, nur gelegentlich rednerisch und agitatorisch ein wenig unterstützt von Dittmann und Richard Müller, von den übrigen nur gehemmt und gestört. Diese Selbstüberhebung wirkt in Barths Darstellung nicht gar so arg, weil er auch nicht verschweigt, daß die andern ihn dafür in den meisten Fällen für völlig wahnsinnig erklärt haben. Wer recht hatte, soll hier nicht weiter untersucht werden. Aber als Beispiel der Art, wie Barth die Vorgänge schildert, sei noch wiedergegeben, wie er sich nach seiner Schilderung mit Liebknecht, Dunker und Dr. Ernst Meyer unterhalten hat, als diese kurz vor der Revolution durchaus eine bewaffnete Demonstration veranstalten wollten. Barth forderte von ihm, daß diese drei dann mit ihm an der Spitze des Zuges marschieren und die ersten Schüsse abfeuern sollten. Als sie sich weigerten, erklärte er ihnen:

„Aus Ihnen spricht die Feigheit und der Größenwahn. Sollte einer von euch Dreien versagen oder Reißaus nehmen wollen dann knalle ich ihn nieder, so wahr ich hierstehe. Wird die Demonstration beschlossen und Sie (Liebknecht) oder Meyer oder Dunker kommen nicht, und zwar wie eben gesagt, dann knalle ich Euch wegen Feigheit und Schurkerei nieder wie Hunde."

Man sieht, Emil Barth liebt eine kräftige Sprache. Zum Glück enden die meisten Geschichten versöhnlich. Auch diese Erzählung schließt: „Ich brauchte mein Wort nicht wahr zu machen, der Zentralvorstand lehnte die Demonstration ab." So ist die Darstellung Barths auch sonst bemüht, die führenden Genossen der U. S. P. und K. P. D. als ganz besonders feige, hämische und gewissenlose Menschen zu schildern. Der Bericht über ein Bankett bei Josse Ende Oktober 1918 gipfelt in dem Satz: „Dieses gegenseitige Beweihräuchern und Anhimmeln war geradezu widerlich." In der Tat kann Barth nicht oft genug betonen, daß an der Revolution und ihrem Erfolg die U. S. P. und K. P. D. auch nicht den leisesten Anteil hätten.

Es wäre aber ein Unrecht, gegenüber dieser Schrift, sie nur als eine Schimpfepistel darzustellen. Barth ist durchaus nicht unbegabt und hat tatsächlich einen scharfen Blick für die Fehler, die von der äußersten Linken gemacht worden sind. Er bringt die genauen Nachweise dafür, wie unklar die U. S. P. nach der Revolution lavierte und wie sehr sie alle Fehler selbst gemacht hat, die sie später den mehrheitssozialistischen Regierungen als Todsünden anrechnete. In der Partei draußen habe jeder Unabhängige seine eigene Politik gemacht und jeder eine falsche. Die Hauptfehler sind, nach Barths Auffassung, die Nichtteilnahme am Zentralrat, der Austritt aus der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] gegen die Nationalversammlung und der [illegible] Putsch, der dem es nur die Frage aufwirft, ob er größer als Fehler oder Verbrechen war. Von der U. S. P. auf dem Rätekongreß gibt Barth folgende Schilderung:

„Es herrschte eine Verlassenheit in prinzipieller und taktischer Hinsicht, die nicht zu verstehen war. Die äußersten Extreme waren [illegible] Hoffnung und Begeisterung [illegible] jeder für sich eine Position, ja manche sogar zwei. In einem Punkte waren [illegible] die Delegierten einig in der abfälligen Beurteilung Berlins, [illegible] auch die Masse wiederum alle Sympathien [illegible] war. Es war, als ob ein Teil der [illegible] das Proletariat beweisen wollte, daß sie eben die Unternehmerschaft, die sich bis zur höchsten Potenz gesteigert, in sich verkörpern könnten. Das Wort Prinzip schien jedes klare Denken erwürgt zu haben. Ich, was war in jenen Tagen nicht alles Prinzip ... Unsere Fraktion konnte sich aus lauter Rivalität auf keinen Kompromißkandidaten auf keinen Scheinführer einigen."

Unter Beurteilung seines Werdegangs sagt Barth, daß seitens der U. S. P. die Revolution durch den Putsch aus [illegible] worden ist. Persönlich ist Barth tief enttäuscht. Nach seiner Angabe hat man ihn für feige erklärt, als er von den Aufstandsversuchen abriet; für einen Revolutionsromantiker, als er die Pflicht allgemeiner Bewaffnung propagierte; für einen Kapitalfreund, als er vor übertriebenen Streikforderungen warnte; für einen Verräter, als er erklärte, daß ihm um der Revolution willen der Sieg der Arbeiter- und Soldatenräte genug:

„Ganz verstört und genervt wurde es mir, daß ich mich gegen die Straßenkämpfe [illegible] und Demonstrationen wandte, gegen die die Koalition [illegible] und die revolutionäre Kraft des Proletariats [illegible] das Berliner Proletariat [illegible] machende revolutionäre Gesinnung. Die revolutionäre Gesinnung — einmal da und einmal dort, ein bißchen Generalstreik, ein bißchen Demonstration und auch ein bißchen Straßenkampf — als die Mittel einer Aktion im theatralischen Aufführung, das ist eben Revolutionsverrat."

Nach seinen Angaben hat sich Barth vom politischen Leben zurückgezogen und will erst wiederkommen, wenn man ihn ruft. Darauf wird er wohl einige Zeit warten können. Inzwischen mögen die, die es angeht, aus seinem Buch mancherlei lernen können.

Die neuen Postgebühren

Eigener Drahtbericht

Berlin, 21. April. Die neuen Telegramm- und Fernsprechgebühren werden erst am 1. Juli in Kraft treten.

Kittchen-Kommunismus

Eigene Drahtmeldung

Augsburg, 21. April. Die Augsburger Abendzeitung erfährt von empfindlicher Seite, daß dem berüchtigten Kommunistenputsch eigentlich [illegible] Juristen der Strafanstalt Niederschönfeld hatten den Plan zur Errichtung der bayerischen Räteregierung bis in die Einzelheiten vorbereitet. Besonders charakteristisch war die Aufstellung einer kommunistischen Musikkapelle, in der die Bezirksämter natürlich nicht zu kurz kommen sollten. Ferner war ein Minister-Diktator vorgesehen, für den man den ehemaligen berüchtigten Münchner Sonder auserlesen hatte.

Das Land Thüringen

Berlin, 20. April. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, der am Dienstag nachmittag stattfand, wurde der Gesetzentwurf über das Land Thüringen und der Gesetzentwurf über die Vereinigung Koburgs mit Bayern angenommen. Das Land Thüringen wird politische Bezirksbehörde nicht umfassen. Sieben Bezirke: Kleinstaaten, Sachsen-Meiningen-Gotha, Reuß, Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen werden im Zuschnitt des Staates Thüringen bilden, der 1 564 324 Einwohner zählt. Im Reichsrat wird dieser Staat durch 2 Stimmen vertreten sein, während bisher jeder Kleinstaat eine besondere Stimme hatte. Dadurch verkleinert sich auch die Zahl der preußischen Stimmen im Reichsrat, die nach der Verfassung nur [illegible] betragen dürfen. Das Gesetz über Thüringen wird voraussichtlich schon am 1. Mai in Kraft treten. Für die Angliederung Koburgs an Bayern sind noch gewisse Verhandlungen erforderlich.

Neue Forderungen der Oberschlesier

Wie dem Vorwärts aus Oppeln berichtet wird, tagte dort eine Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften der Justiz-, Eisenbahn- und Zollbeamten, in der über die Forderungen an die Entente verhandelt wurde. Es wurde ein Ausschuß von 50 Mann gewählt, der die Verhandlungen in Kondrzin weiterführen soll. Die Justizbeamten treten getrennt vor. Sie werden ihre Forderungen wohl am Donnerstag der Ausschuß in Kondrzin erst am Sonnabend der Entente überreichen. Dieser soll zur Beantwortung eine Frist von acht Tagen gestellt werden. Verstreicht diese Zeit ergebnislos so wird ein Ultimatum gestellt, das binnen 24 Stunden beantwortet sein muß. Bei Ablehnung dieses Ultimatums tritt sofort der Generalstreik ein, dem sich auch alle lebenswichtigen Betriebe anschließen werden. Die Forderungen sind: 1. Bewilligung von Urlaubern; 2. Recht der freien Ein- und Ausreise für die Beamten; 3. Beseitigung der Ein- und Legitimationspflicht; 4. Aufhebung der Versammlungsverbote; 5. Vollständige Pressefreiheit. Die höheren Beamten haben sich mit Ausnahme der höheren Regierungsbeamten diesen Forderungen angeschlossen.

•

Beuthen, 21. April. Der Justizbeamtenstreik in Beuthen, Ratibor und Oppeln dauert ohne Unterbrechung fort. Die Justizbeamten haben zum Zweck der Verhandlung einen Fünferausschuß gebildet. Die Ententekommission hat jedoch jede Verhandlung abgelehnt.

•

Unstimmigkeiten in der Ententekommission?

Die letzten Verfügungen des Vorsitzenden der interalliierten Kommission, General Le Rond, die im Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen, haben, wie die B. S. Z. aus Breslau berichtet, zu Unstimmigkeiten innerhalb der Kommission geführt. Die englischen und italienischen Mitglieder der Kommission erblicken in diesen Maßnahmen eine Bevorzugung der Polen und befürchten dadurch die Gefährdung einer einwandfreien Abstimmung. Wie die Schles. Ztg. berichtet, haben sie sich mit einer Beschwerde nach Paris gewandt.

Schweizer Beitritt zur 3. Internationale

Zürich, 21. April. Der mit 20 gegen 8 Stimmen angenommene Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei, der 3. Internationale beizutreten, hat nur die Bedeutung, daß der Parteivorstand von neuem dem Parteitag den Beitritt zur Moskauer Internationale empfiehlt, und zwar mit Wahrung der vollen taktischen Selbständigkeit.

Keine Auslieferungspflicht Schwedens

Berlin, 21. April. Zu der Frage der Auslieferung Dr. Kapps wird dem Berl. Tagebl. von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß durch die schwedische Gesetzgebung nicht die Verpflichtung ausgesprochen worden sei, Personen, die Gesetzesverletzungen begangen haben, in ihre Heimat auszuweisen, sondern nur die Möglichkeit dazu vorgesehen ist. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das gesetzlich festgelegte Recht der schwedischen Regierung zur Ausweisung lästiger Fremder in ihre Heimat nicht einen Anspruch der deutschen Regierung begründen kann, die Auslieferung eines solchen lästigen Deutschen zu verlangen. Für diesen Anspruch auf Auslieferung kommt vielmehr lediglich der Auslieferungsvertrag in Betracht, der die Auslieferung politischer Verbrecher ausschließt.

•

Folgen des Kapp-Verbrechens

Infolge des Kapp-Putsches haben bei der Volksabstimmung in der zweiten Zone Schleswig-Holsteins etwa 1500 Flensburger Arbeiter für Dänemark gestimmt.

Der eingekapselte Reichswehrminister

Folgende Verfügung gelangt zur Kenntnis des Vorwärts:

Berlin, den 9. April 1920.

Den Ämtern und Abteilungen wird es untersagt, Vorträge beim Herrn Minister (Reichswehrminister. Red.) ohne vorherige Mitteilung anzumelden oder zu halten.

Vorträge finden zunächst bei mir statt und ich werde das weitere entscheiden. Ausgenommen von diesem Verbot ist nur T. I.

n. Seeckt.

An alle Stellen des Reichswehrministeriums.

Ist diese Verfügung mit Zustimmung und Wissen des Herrn Reichswehrministers ergangen?

Der Etat für 1920

Im Hauptausschuß der Nationalversammlung sprach der Reichsfinanzminister über den Etat für 1920. Der ordentliche und außerordentliche Etat enthält eine Gesamtausgabe von 40 Milliarden, wozu der Fehlbetrag aus der Reichspost und der Eisenbahnverwaltung mit zusammen 12,9 Milliarden hinzutritt. Im ordentlichen Etat stehen den laufenden Einnahmen in Höhe von 25 Milliarden fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,05 Milliarden gegenüber. Die Deckung soll im wesentlichen geschehen durch direkte Steuern und Verkehrsabgaben mit 18,8 Milliarden, durch indirekte Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 9,1 Milliarden. Unter den Ausgaben sind zu erwähnen die Verzinsung der Reichsschuld mit 13,4 Milliarden, zur Ausführung des Friedensvertrages sind 5 Milliarden vorgesehen. An weiteren Maßnahmen kommen neue Steuern und Monopole in Betracht, insbesondere eine Umbildung des Steuersystems nur der Wirtschaft durch organische Zusammenfassung, welche die großen Produktionskräfte der Wirtschaft zu umfassen hat. Streitbar ist die prinzipielle Frage nach der Wirtschaftsform, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, den politischen Machtverhältnissen zu überlassen. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Konsolidierung der schwebenden Schuld herantreten. Er glaubt, als das nächste Mittel hierfür wieder die Sparprämienanleihe ansprechen zu können. Aber auch der Kredit im Auslande bedarf einer sorgfältigen Beachtung. Es heißt zu erwarten, daß mit der Konsolidierung unsrer politischen und der wirtschaftlichen Verhältnisse die kapitalkräftigen Auslandsstaaten geneigt sein werden, Deutschland die Kredite zu gewähren.

Von Zeitfreiwilligen ermordet

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. In Regierungskreisen wird gegenwärtig die Schließung bzw. Nichteröffnung der Marburger Universität erwogen, da die Haltung der Studentenschaft, die sich in den Kapp-Tagen am Kampfe gegen die verfassungsmäßige Regierung beteiligt hat, eine Gefahr für die Staatsordnung darstellt. Die Vorgänge, die zu dieser Absicht Veranlassung gegeben haben, kommen in einer kleinen Anfrage zum Ausdruck, die der Gothaer Abgeordnete Bock eingereicht hat. Es heißt in der Anfrage: „Ist der Reichsregierung bekannt, daß in dem Orte Thal bei Ruhla in Thüringen 15 Personen von dem Zeitfreiwilligenkorps der Marburger Studentenschaft widerrechtlich verhaftet und grausam hingemordet worden sind?"

Der Bürgermeister von Thal berichtet, daß Dienstag, den 24. März gegen 7 Uhr rund 40 Lastautos, mit Maschinengewehren und Geschützen bewaffnet und von Marburger Zeitfreiwilligen stark besetzt, in die völlig friedliche Ortschaft eingedrungen seien und an der Hand einer mitgebrachten Liste die Bezeichnung der Wohnungen von 15 Bürgern der Gemeinde verlangt hätten. Wachtmeister Fey wurde genötigt, auf Anordnung eines Oberleutnants im Verein mit der Truppe die Verhaftung vorzunehmen. Die mit rücksichtsloser Härte festgenommenen Bürger, von denen ein Teil völlig unschuldig gewesen ist, der andre Teil sich während des Kapp-Putsches an der Waffenruhe bei reaktionären Bauern und vereinzelt an der Wegnahme einiger Lebensmittel beteiligte, sind auf einen Leiterwagen verladen worden. Dieser ist an ein Auto gebunden und in der Richtung Mechterstädt entführt worden. Die Verhafteten sind unter großen Roheiten und Bedrohungen auch der weiblichen Angehörigen vorgenommen worden.

Außerdem sind die Gefangenen unter Bedrohungen auf den Todesmarsch gezwungen worden, Deutschland, Deutschland über alles zu singen. Der Amtsrichter von Thal macht die Angabe, daß die Verhaftungen beliebig durch die Studenten und einen Oberleutnant ohne weitere Legitimation vorgenommen worden sind. Dies ist auch durch eine offizielle Erklärung der Brigade Rumschöttel im Thüringer Landtag und in den Tageszeitungen bestätigt worden, wobei ausdrücklich erklärt wurde, daß die Brigade Rumschöttel keinen Befehl zur Verhaftung gegeben hat. Von denen, die später die Leichen der Erschossenen gesehen haben, wurde ausgeführt, daß sie in einem grauenhaft entstellten Zustand aufgefunden worden seien. Die Personen seien nur noch an den Kleidern festzustellen gewesen. Den Transport der Verhafteten über einige Dörfer hinaus führte ein Offizier zu Pferde in grüner Jägeruniform mit einem Orden auf der Brust. Die Leichen lagen immer hundert bis zweihundert Meter auf der Straße voneinander entfernt.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Rußland

Unterzeichnung des Vertrages durch den Sowjetvertreter

Die seit Wochen zwischen der Reichsregierung und dem Vertreter Sowjetrußlands, Wigdor Kopp, geführten Verhandlungen über die gegenseitige Heimbeförderung der Kriegsgefangenen beider Länder sind am Montagmittag zum Abschluß gebracht worden. Das Abkommen ist für die Reichsregierung von Staatskommissar Stücklen, für Rußland von Herrn Kopp unterzeichnet worden.

Nach dem Vertrag beginnt die Auslieferung der Kriegsgefangenen aus Rußland und Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Abkommens durch beide Regierungen. Herr Kopp hat noch gestern funkentelegraphisch um die Zu-

Sturmtage im Ruhrrevier

Von Friedrich Ott, Bochum

Die Räder in den schwarzen Fördertürmen drehen sich wieder ununterbrochen, Kohlentransporte kriechen über die Schienengeleise, Hämmer und Meißel bellen, die Bahnhofsgebäude besetzt und Frauen und Mädchen jeden Alters mit Kartoffeln, die man bis aus Hannover und Oldenburg geholt hat, durch die Bahnsteigsperren — das ist augenblicklich das charakteristische Bild aus dem „Kohlenpott" an der Ruhr und der Emscher.

Das Kabinett Müller hat ein ungeheures Sorgenkind übernommen. Das ist das rheinisch-westfälische Industrierevier. Mit ihm muß es schwer und recht fertig werden. In welchem Maße es zutrifft, wird der Stimmzettel in einigen Wochen beweisen.

•

Das Ruhrrevier muß gesichert werden. Unter dem Druck der Reichswehr herrscht hier augenblicklich Ruhe. Aber in weiten Kreisen der Bevölkerung ist eines — Erbitterung will ich nicht sagen — der geistige Umsatz. Wenn die Presse der Rechtsparteien im Industrierevier bis zu der Presse des Zentrums hin heute der Regierung den Vorwurf macht, sie hätte sich schlapp gezeigt und hätte zu spät die Reichswehr einmarschieren lassen, so muß dem entgegnet werden, daß diese Regierung nicht die blutige Niederschlagung einer Bewegung wollte, an der zweifelhafte Kreise beteiligt waren, mit der Kreise sympathisierten, die den Schutz der Verfassung und der Republik wollten. Die Waffen der Reichswehr hätten bald das Gesindel niedergeschlagen, aber mit Lunge und Gewehr kann man nicht die Gesinnung umwandeln — und der Uebermenschenkultus wäre die größte Gefahr für die Zukunft. Es gibt Narren und Blinde, die der verlassenen Regierung Bauer-Erzberger an den Fingern vorzählen, was wenig sie getrieben habe. Nur vergißt man nicht, daß sich unter der Hand Noskes und Reichswehr die Pfeiler des deutschen Volkes völlig gelockert bei 1919 hatten wir nur trübe Gärungen, die Lunte frißt — heute schwimmt das bewegte Element wieder Neuland an. Was so im Reiche im allgemeinen in erschreckend kurzer Zeit geworden ist, muß jetzt im Ruhrrevier geschaffen werden. Das ist das Ziel. Und das konnte keine Reichswehr mit Feuer und Schwert, konnte vor allem bei einer Bevölkerung, die sich wie ein Mann gegen Kapp und Komplizen erhoben hatte, keine Reichswehr, die im Verdacht stand — und dieser Verdacht ist teilweise nur bedingt — kapitalhörig zu denken und zu fühlen.

Es muß hier festgestellt werden, daß der gegenwärtige Zustand im Ruhrrevier keine politische oder gar sozialistische Ursachen hat. Die erbärmliche Lebenshaltung erklärt vieles, wenn nicht alles. Die sozialistischen Wunderapostel und polnischen Hetzer wühlen bei einer Bevölkerung, die ganz zufrieden arbeitsfreudig ist und Geld verdienen will, ohne Anhang bleiben, wenn der knurrende Magen nicht wäre. Die Bergarbeiterschaft leidet heute wöchentlich zwei halbe Schichten Ueberarbeit. Darunter leidet die Ernährung der ganzen Familie und der Bergarbeiter selbst. Verdient werden heute von dem Schichtlöhner, dem unproduktiven Bergarbeiter, 35 M., von dem Hauer 40 bis 60 M. und mehr. Der muß aber mit aller Kraft arbeiten. Als Entgelt gibt es Brot und Speck in bescheidenen Mengen. Man kann sagen, daß so für den Bergarbeiter etwas getan wird. Aber es gibt hier an der Ruhr und der Lippe noch andre Menschen als Bergleute. Was wird für die getan? Die Lebensmittelversorgung ist äußerst schlecht. Sie ist in Berlin, Hamburg, Magdeburg usw. entschieden besser. Was bedeutet da der Nebenverdienst? Am Sonntag trug ich einen Hamsterer um einen Sack Kartoffeln (nicht ganz einen Zentner). Er verlangte 180 M. (Kein Hörfehler.)

•

Ob das Ruhrrevier in kürzester Zeit vor einer neuen Bewegung steht, ob die Bewegung von Anfang herein geplant gewesen ist und durch den Kapp-Putsch zu frühzeitig ausgelöst worden ist, kann heute nicht gesagt werden. In Dortmund sammelt man Material, um das alles einmal zu belegen. Wenn etwas bei der Sache herauskommt, soll man das nicht tragisch nehmen: neue, die sich mit solchen Phantasien herumschlagen und herumgeschlagen haben, sind dort unten bald gefunden. Anderseits auch. Es ist notwendig, kurz die Ereignisse zu skizzieren, die dazu führten, daß unsre Genossen in Recklinghausen sich unter Lebensgefahr daran machten, die Reichswehr zu beim. Das war am Karfreitag.

Die Bewegung nahm mit dem Kapp-Putsch ihren Anfang, als die Arbeiterschaft im Bergischen Teile des westfälischen Bezirks Lichtschlag, das sich zweite Jahre für Kapp und Komplizen erklärt hatte, in den Ruhrtälern abzieht und in den Besitz moderner Kampfmittel kam. Der Stieß richtete sich man gegen die grüne Polizei. Diese Staatspolizei kam irgendwie in den Verdacht, kappistisch zu sein. In dieser grünen Polizei dienten zum Teil unsre Genossen, die 1919 mehrere Male im Dienst der Schutzzentrale Herne das Leben für die Verfassung und einen verfassungsmäßigen Zustand im Ruhrrevier eingesetzt hatten. Es muß schon jetzt bemerkt werden, daß in einzelnen Hundertschaften dieser grünen Polizei ein tendenziöses Offizierkorps den Einfluß unsrer Genossen auszuschalten verstand. Die grüne Polizei sammelte sich in Gelsenkirchen und zog sich unter schweren Kämpfen nach Essen zurück, wo sie zum Teil gefangengesetzt und entwaffnet wurde; zum Teil gelang ihr der Marsch nach der niederrheinischen Kolonie Wesel. Um diese Zeit ging der Einfluß auf die bewaffneten Massen von unsern Genossen in den Vollzugsräten auf die Vertreter der U. S. P. D. und der K. P. D. über. Unsre Leute bemühten sich, in Zukunft nur noch das schlimmste zu verhüten, ließen sich leider aber die Initiative, mochten sie sich 1919 so glänzend bewährt hatten, von den Linksradikalen [illegible]. Nördlich der Lippe bildete sich nun die „Rote Armee", bei [illegible] eine dünne, sehr dünne Schützenlinie, die unter dem Druck der [illegible] greifenden Reichswehr sofort verlogte und über die Lippe in [illegible] Auflösung und unter blutigen Opfern ins Emscher- und Rhein-Herne-Kanal-Gebiet zurückwich, während das Gros in der Stadt [illegible] spielte, requirierte, kommandierte und sich von Hunderten von „Kaffeemäschchen" kriegsfreiwilligen stieß. Alle Kriegsstaffage [illegible] ja schließlich aus dem Weltkrieg gelernt. Die strategische [illegible] durch einen ehemaligen katholischen Lehrer soll, solange [illegible] Tiefpunkt hielt, gut gewesen sein. Späterhin entfachte [illegible] Oberkommando. Nach den Verhandlungen in Bielefeld und [illegible] zeigte es sich, daß die Unabhängigen und Kommunisten [illegible] bildlich auch von der Masse Arbeiterverräter genannt [illegible] nicht mehr in der Hand hatten. Während unsre Genossen, [illegible] letzte Kerle, aus den Ruhrbergen kommend, in die Heimat [illegible] teilweise durch Verlorge ihrer [illegible] abtransportiert wurden, führte der Mob und Janhagel mit [illegible] bandenmäßig zurück, verlangte Geld und erpreßte [illegible] rungsmittel und Kleidung. Hätten die Massen nach der Niederringung der Kappisten ihre Waffen freiwillig niedergelegt, wären die Kämpfer gegen Lichtschlag und Schulze nach heldenhaftem [illegible] nach Herd und Arbeit zurückgekehrt, sie hätten [illegible] die Gesamtheit des deutschen Volkes [illegible] Dingen dem Auslande, ein wuchtiges Beispiel [illegible] geben, den unwiderleglichen Beweis erbracht [illegible] das deutsche Volk über Nacht für die Demokratie reif geworden ist. Das sollte nicht sein. Dagegen [illegible] Terror des Janhagels. Und zwar so, daß selbst die [illegible] Volksgenossen die Verantwortung für dieses Treiben nicht [illegible] nehmen konnten. Bekannte unabhängige Führer [illegible] mit der Bibel gezwungen. Kreuzfidelsche [illegible] wurden verspottet und mußten flüchten. Das Unglück [illegible] die Führer. Es muß in Zukunft noch manches [illegible] den Gefahrzustand dieser Führer, ihre Führerschaften [illegible] erhöhte Gleichschaften gelegt werden. Es [illegible] es Ehrbarkeit und Ehrlichkeit gibt, daß Natures die [illegible] Kommandeuren der Roten Armee, alle in Gefängnissen [illegible] schuld ergangen waren, daß trotz die Befreiungsbataillone [illegible] ermordeten Kriegsgefangenen plünderten, wie Kameraden [illegible] Offiziere der Roten Armee vom Mob mit [illegible] Lufe der in Recklinghausen der wahre Mann war, [illegible] kommen konnten. Wertvolle der dortigen [illegible] sind sagte man wohl, der führte aller Mutter [illegible] Monaten um eine Serie von weiterreichenden [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...rung ersucht. In dem Vertrag heißt es ausdrücklich, daß nur diejenigen Kriegsgefangenen aus Deutschland und Rußland abtransportiert werden, die eine Rückkehr in die Heimat wünschen. Eine zwangsweise Zurückführung ist nicht beabsichtigt. Entsprechend Zeit und Gelegenheit soll die Rückkehr auf dem Landtransport der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die Randstaaten, der Seeweg vollzogen werden. Die Verhandlungen über den Transport der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die Randstaaten, vor Polen, Estland, Livland, regelt das Rote Kreuz in Genf, das zu diesem Zweck sofort Verhandlungen mit den in Frage kommenden Regierungen aufnimmt, daß außerdem die Verpflegung und Ueberwachung der Transporte auf fremdstaatlichem Gebiet übernimmt. In Deutschland befinden sich gegenwärtig noch 100 000 russische Kriegsgefangene, während in Sowjetrußland rund 20 000 gefangene Deutsche sich befinden.

Kösters Programm

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. Reichsminister Dr. Köster gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er ungefähr folgendes ausführte: Ich erblicke in dem Friedensvertrag von Versailles eine Tatsache, die wir durch unsre Unterschrift anerkannt haben. Diese Tatsache müssen wir auch offen und mutig anerkennen und jederzeit der Versuchung widerstehen, im Hinblick auf gewisse darin enthaltene Unmöglichkeiten eine Deklamationspolitik zu verfolgen, die den Zweck gänzlich verfehlt. Wir müssen uns fest entschließen, den Friedensvertrag so, wie er jetzt ist, auszuführen, und da, wo sich unserm Willen unüberwindliche Widerstände entgegenstellen, müssen wir versuchen, unter Vermeidung allzuheftiger Protestnoten durch offene Aussprache einen Ausweg zu finden oder mancherlei Abänderungen herbeizuführen. Nur so kommen wir zu dem Ziel, das uns im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt vorschwebt, zu einer weitherzigen Revision des Vertrages.

Der Pressevertreter machte den Reichsminister Dr. Köster darauf aufmerksam, daß am vorigen Mittwoch im Laufe einer offnen Aussprache zwischen dem französischen Sozialistenführer Renaudel und dem Abgeordneten Scheidemann letzterer unter lebhafter Zustimmung Renaudels ähnliche Gedankengänge entwickelt hätte, die in der Formel gipfelten: „Revision durch Erfüllung". Dr. Köster meinte hierzu: So sehr er an die Zukunft der französischen Sozialistenpartei glaube, so wenig könne man auf sie als ein positiver Machtfaktor in der gegenwärtigen Situation zählen. Unser Ziel muß eben sein, die Zustimmung zu dieser Formel Scheidemann, die auch meine Formel ist, nicht nur von den Oppositions-, sondern auch von den regierenden Faktoren in Frankreich zu erlangen. Wir müssen die Mißtrauischen unsrer Gegner zu der Erkenntnis bringen, daß wir gewillt sind, den Friedensvertrag zu erfüllen. Erst wenn auch Millerand von dieser unsrer festen Absicht überzeugt sein wird, dann wird der Tag der Revision nicht mehr fern sein.

Große Konfusion rechts

Wie auf die Parteien der äußersten Linken haben die Ereignisse seit dem 13. März auch auf die Parteien der äußersten Rechten als ein Gärstoff gewirkt. Aus der Deutschnationalen Volkspartei hat ein großes Flüchten begonnen, zahlreiche Politiker mit bekanntem Namen wollen mit dieser Putschpartei nichts mehr zu tun haben.

Unter diesen Umständen wird man die Kandidatenliste der Deutschnationalen Volkspartei mit einiger Spannung erwarten dürfen. Vor dem Putsch hieß es, daß die alten Führer der Konservativen Partei, v. Heydebrand und Westarp, die Führung der vollkommen steuerlos gewordenen Partei wieder übernehmen würden. Um Herrn v. Heydebrand ist es seit langem schon wieder still geworden. Graf Westarp aber hat sich durch einen Artikel in der Kreuz-Zeitung, in dem er die Eid- und Verfassungsbrecher als „Männer von glühendem Patriotismus" feierte, in empfehlende Erinnerung gebracht. Aber wie steht es mit dem sehr vorsichtigen Herrn Helfferich, der in der Tagung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ganz offen seine Führerschaft in der Deutschnationalen Partei anmeldete? Damals erschien er Arm in Arm mit Ludendorff. Wo aber ist jetzt Ludendorff? Etwa wieder einmal in Stockholm, wo sein Spießgeselle Kapp bereits per Flugzeug gelandet ist?

Die Deutsche Volkspartei hat am letzten Sonntag in Berlin ihren Delegiertentag abgehalten und auf ihm einen der berühmten Eiertänze ihres Führers Stresemann bewundern dürfen. Herr Stresemann lädt zunächst mit vielversprechender Geste die Sozialdemokratie zu einer Koalition mit seiner Partei ein und ruft dann unter donnernder Zustimmung: „Der Feind steht links!" Der Widerspruch erklärt sich aus seinen weiteren Ausführungen, in denen er sagt, eine bürgerliche Mehrheit, die es ablehne, der Sozialdemokratie die Hand zur Mitarbeit zu reichen, würde die Arbeiterschaft in den tiefsten Radikalismus stürzen. Also darum! Die Sozialdemokratie soll nach der kühnen Gedankenkonstruktion des Herrn Stresemann der Schutzwall werden, der die Deutsche Volkspartei und ihre Geldgeber gegen den Radikalismus der Arbeiterschaft schützt. Bei aller Gerissenheit, die man Herrn Stresemann sonst zuerkennen muß, erscheint diese Zumutung doch als ein wenig naiv.

Interessanter als was Herr Stresemann gesagt hat, ist vielleicht, was er nicht gesagt hat. In seiner Rede findet sich nämlich kein Bekenntnis zur Monarchie. Bei der bekannten Laubfroschnatur des Herrn Stresemann läßt sich daraus schließen, daß für die Monarchie wieder einmal recht schlechtes Wetter ist. Unter dem Eindruck der Novemberrevolution bekannte sich Herr Stresemann mit seiner Partei fest und treu zur Republik. Ein paar Monate später, als die reaktionäre Welle zu steigen schien, bekannte er sich ebenso fest und treu zur Monarchie. Und jetzt sagt er über dieses Thema lieber gar nichts mehr.

Man sieht, die Vorgänge in den Rechtsparteien geben Anlaß zu einiger Heiterkeit. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß man die Herrschaften nicht mehr ernst zu nehmen braucht! Sie sind und bleiben vielmehr eine ernste Gefahr für die deutsche Republik nach außen wie nach innen, und die Hauptwucht des Wahlkampfes muß sich gegen sie richten. **Für uns steht der Feind allemal rechts, Herr Stresemann!**

Die Wahlrechtsvorlage

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm am Montagnachmittag die Berichte der Unterkommission über die Wahlrechtsvorlage entgegen. Reichsminister Koch und Bezirksamtmann Dr. Kaisenberg schilderten die beabsichtigte Regelung in den Abstimmungsbezirken (§ 38a). Hiernach wählen Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein zur Zeit überhaupt nicht, sondern erst, wenn die Abstimmung in dem strittigen Gebieten entschieden ist. Die bisherigen Abgeordneten bleiben bis dahin im Reichstag. Westpreußen östlich des Korridors wählt demnächst mit Ostpreußen. Hier, wo bei der letzten Wahl 110 000 Stimmen abgegeben wurden, sollen die beiden Parteien je ein Mandat behalten, die bei der Wahl von 1919 in den bei Deutschland verbleibenden, östlich der Weichsel gelegenen Teil der Provinz und in dem westpreußischen Abstimmungsgebiet zusammen die meisten Stimmen bekommen haben. Es ergab sich, daß hiernach die beiden Mandate auf die Sozialdemokraten, 34 048 Stimmen, Liste Gehl, und auf die Demokraten, 27252 Stimmen, Liste Weinhausen, entfallen.

Für § 29 wurde in Abänderung der früheren Beschlüsse der folgende Wortlaut angenommen: „Der Reichswahlausschuß zählt die in allen Wahlkreisen oder Wahlkreisverbänden auf die Reichswahlvorschläge gefallenen Reststimmen zusammen und teilt jedem Reichswahlvorschlag auf je 60 000 Reststimmen einen Abgeordnetensitz zu. Doch kann einem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl (früherer Beschluß: die Hälfte) der Abgeordnetensitze zugeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Ein Rest von mehr als 30 000 Stimmen wird 60 000 Stimmen gleich gerechnet. (Dieser Satz wurde auf Anregung des Reichsministers Koch hinzugefügt.) Mit der noch ausstehenden endgültigen Beratung über die Wahlkreiseinteilung wird dann die Arbeit des Ausschusses beendet sein.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm endgültig die Reichstagswahlvorlage an und ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten. Beide Gesetze wurden, wie der Vorsitzende (Abg. Haußmann) feststellte, in allen wesentlichen Punkten einstimmig angenommen.

Die zweite Lesung der Wahlvorlage und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten findet in der Nationalversammlung am Donnerstag statt.

Sächsische Volkskammer

109. Sitzung.

Dienstag, 20. April 1920.

Die Kammer nahm heute nach der Osterpause wieder ihre Arbeiten auf. Präsident Fräßdorf eröffnete die Sitzung kurz nach 1 Uhr und begrüßte zunächst den an Stelle des aus der Kammer aus Gesundheitsrücksichten ausgeschiedenen Abg. Klubs (Dem.) in die Kammer neu eintretenden Landgerichtsdirektor Dr. Wulffen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf auf

Abänderung des Forst- und Feldstrafgesetzes.

Der Entwurf sieht entsprechend dem gesunkenen Geldwert eine Verdoppelung der Geldstrafen bei Forst- und Felddiebstählen vor.

Abg. Dr. Rothe (Dem.) bezeichnet die Vorlage als ein Flickwerk und wünscht ein neues, großzügiges Gesetz.

Abg. Dr. Wagner (Dnat. Vp.) wird der Vorlage zustimmen, da er gerade in dem schrittweisen Vorgehen einen Vorteil erblicke.

Abg. Dr. Kaiser (D. Vp.) ist für sofortige Verabschiedung des Gesetzes und hält die Anpassung der Geldstrafen an den jetzigen Geldwert für durchaus zweckentsprechend.

Abg. Nitzsche (Soz.): Das Wenige, was in der Vorlage steht, würde uns keinen Anlaß zu Bemerkungen geben. Die beabsichtigte Heraufsetzung der Geldstrafen ist bei dem gesunkenen Geldwert durchaus berechtigt. Zu dem, was aber nicht in der Vorlage steht, muß doch einiges gesagt werden. Man würde es im Volke nicht verstehen, wenn wir nicht auf die Notwendigkeit der Beseitigung jener Bestimmungen hinwiesen, die seinerzeit beim Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1909 großen Unwillen in der Bevölkerung heraufbeschworen haben. Wir haben schon wiederholt versucht, diese Bestimmungen auszumerzen, doch sind unsre Versuche an der damaligen Regierung und der Mehrheit der Kammer gescheitert. Jetzt sind diese Hindernisse beseitigt. Durch das Waldverbot, das durch das Gesetz von 1909 erst praktisch in die Erscheinung getreten ist, können die Beeren und Pilze vielfach nicht eingesammelt werden. Den Erholungsbedürftigen und Spaziergängern werden durch dieses Gesetz ebenfalls große Hindernisse bereitet. Strafbar macht sich auch, wer mit Hacke oder ähnlichem Werkzeugen im Walde betroffen wird. Die Regierung hat von einer grundlegenden Reform abgesehen, weil es jetzt andre dringende Arbeiten zu erledigen gäbe. Wir wollen deshalb auch gegen die Regierung keinen Vorwurf erheben, möchten sie aber doch ersuchen, so bald als nur möglich diese schlimmsten Bestimmungen aus dem Gesetz zu beseitigen, denn es handelt sich dabei um einen alten und berechtigten Wunsch.

Die Vorlage wird zur Weiterberatung dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Anfrage des Abg. Brost (Dnat.) wegen der Lage der Dresdner Zigarettenindustrie muß abgesetzt werden, da der Fragesteller nicht anwesend ist.

Für die Einheitsfront!

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie versendet einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Losung der Einigung des Proletariats ist heute auf aller Lippen. Und in der Tat: wenn je der Ruf nach einheitlicher Aktion der deutschen Arbeiterklasse zeitgemäß war, so heute. Der Kapp-Putsch und die neuen Putschabsichten enthüllten auch dem Vertrauensseligsten, welch ungeheure Gefahr für die deutsche Republik der neuerstandene Militarismus bildet.

Was aber beweist dieser traurige Vorgang? Daß das Wort: Die proletarische Einigung müsse durch den Kampf kommen und komme dann schon ganz von selbst, höchstens eine Halb- oder Viertelswahrheit ist. Die Einigung durch den Kampf und für den Kampf ist nur dann eine dauernde, wenn die Massen genau wissen, wofür sie kämpfen. Setzt sich die Aktion kein klares Ziel, so schreit man rechts über Mißbrauch und links über Verrat, und die gemeinsame Front ist zerbrochen.

In vielen Orten, in ganzen Landesteilen haben die Genossen der verschiedenen sozialistischen Parteien bereits die Einheitsfront geschaffen. Ihre Organisationen tagen gemeinsam, fassen gemeinsame Beschlüsse. Soll die Reaktion niedergerungen, der Militarismus entwaffnet werden, so muß diese sozialistische Kampfgemeinschaft im ganzen Lande durchgeführt werden! So wenig zur Zeit von einer Verschmelzung der sozialistischen Parteien die Rede sein kann: ihre enge Kartellierung ist nicht nur möglich, sondern absolute Notwendigkeit, ist revolutionäre Selbsterhaltungspflicht. Diese Zusammenarbeit hat mit dem Zahlabend zu beginnen und sich bis zu den höchsten Instanzen und Vertretungskörpern fortzusetzen. Nicht nur die örtlichen Parteifunktionäre, sondern auch die Landtags- und Nationalversammlungs-Fraktionen, sowie die Parteiausschüsse und Parteivorstände müßten regelmäßig Gemeinschaftssitzungen abhalten. Denn diese gemeinschaftlichen Beratungen sind das wirksamste Mittel, die Reibungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken und die Meinungsverschiedenheiten zu sachlicher Klärung zu bringen. Nur durch gemeinsame Beratungen und Beschlüsse kann das Proletariat in kürzester Zeit zu politischen Einheitsaktionen gelangen!

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie arbeitet seit mehr als Jahresfrist für dies Zusammengehen der sozialistischen Parteien. Die Entwicklung der politischen Zustände hat die Berechtigung und die Notwendigkeit ihrer Forderung immer schlagender bewiesen! Und gerade in diesen Tagen und Wochen, wo sich geradezu das Schicksal der Revolution entscheidet, können nur noch blinde Fanatiker von der Fortdauer des unseligen Bruderkampfes das Heil des Sozialismus erwarten.

Darum, Arbeiter, Sozialisten, schließt euch zusammen! Beratet in gemeinsamer Aussprache alle wichtigen Fragen. Organisiert gemeinsam und im Geiste vollster Brüderlichkeit die Wahlen! Macht den 1. Mai zu einer neuen, gewaltigen Verbrüderungsaktion!

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie stellt nach Möglichkeit Referenten zur Verfügung und ruft zu praktischer und materieller Mitarbeit auf. Das Bureau befindet sich: Berlin NW 21, Pritzwalkerstraße 1.

Deutsches Reich

Die Reichspräsidentenwahl. Nach Meldung einer Berliner Korrespondenz, daß die Reichspräsidentenwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl erfolgen solle, erklärt die Deutsche Allg. Ztg. zuverlässig, daß diese Auffassung durchaus irrig sei. Voraussichtlich werde das Reichstagswahlgesetz bestimmen, daß der Termin für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag festzusetzen sei. Zur Zeitungsmeldung über die Uebertragung der Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs an Private wird der Deutschen Allg. Ztg. von zuständiger Seite geschrieben: Frankreich hat in den besetzten Gebieten Bureaus eingerichtet, die Leistungen und Lieferungen für den Wiederaufbau an deutsche Firmen vermitteln sollen. Es handelt sich um eine Wiederanbahnung von Handelsbeziehungen, die den Reichsinteressen nur nützlich sein kann, da für die fraglichen Lieferungen von Frankreich Barzahlung erfolgt.

Letzte Nachrichten

Die Lage in Südwestsachsen am 21. April

Die militärischen Maßnahmen, die in den Gegenden von Meerane, Crimmitschau und Werdau zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände angeordnet sind, wurden weiter durchgeführt. Durch eine Bekanntmachung wurde die Bevölkerung nochmals über den Zweck der Unternehmungen aufgeklärt. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es bisher nirgends gekommen. In dem übrigen Gebiete Westsachsens wurden bei Streifunternehmungen weitere Verbrecher der Holzbanden festgenommen und Waffen, die in unrechtmäßige Hände gekommen waren, eingezogen.

Letzte lokale Nachrichten.

Spielplanänderung. Im Albert-Theater wird morgen (Donnerstag) Der Großstadtkavalier, nicht Der Glückskandidat gespielt.

Neueste Telegramme

Eisenbahntarif und Generalstreik

Madrid, 21. April. Mehrere Kammergruppen, darunter hauptsächlich sozialistische, haben bekanntgegeben, daß sie der Vorlage über die Erhöhung der Eisenbahntarife großen Widerstand entgegensetzen werden. Sie werden vom allgemeinen Arbeiterbunde unterstützt, der eine Entschließung gefaßt hat, daß für ganz Spanien der Generalstreik erklärt werden würde, da eine Tariferhöhung die Lage des Proletariats sehr erschweren würde.

Nitti gegen Deutschlands Vergewaltigung

Eigene Drahtmeldung

San Remo, 21. April. Der Oberste Rat hat sich zur Erörterung des französischen Einmarsches noch nicht entschließen können. Jedenfalls steht fest, daß Nitti den französischen Absichten nach wie vor durchaus ablehnend entgegensteht und gegen Anwendungen irgendwelcher Gewaltmittel gegen Deutschland voraussetzungslos Stellung nimmt. Der General Badoglio äußerte sich mit Bestimmtheit dahin, daß Italien keinen einzigen Soldaten gegen deutsches Gebiet entsenden würde. England tritt für genau dieselbe Ansicht ein.

Das armenische Mandat

San Remo, 20. April. Reuter. Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen.

Fleckinghausen, Krischak ist Psychopath im Sinne des Minderwertigkeitsparagraphen, Karusseit ist bekannter Polizeispitzel, der 1919 in Münster Gegenwart, ohne mit einer Wimper zu zucken, seine kommunistischen Freunde der Gewalt des Generals von Watter in Münster ausliefert — natürlich gegen entsprechende Bezahlung. Das muß der U. S. P. D. und K. P. D. einmal deutlich gemacht werden: Was sie Unangenehmes erlebt haben im Ruhrrevier, war die Frucht einer unmenschlichen Hetze gegen alles, was sich um die Arbeiterbewegung im Ruhrrevier Verdienst erworben hat. Wenn man Wind sät, kann man logischerweise doch nur Sturm ernten. Herrn Piek von der Spartakuszentrale in Berlin muß ein Seitenstück aufgegangen sein, als er in Essen derart zahm sprach, wie wir es kaum bei christlichen Gewerkschaften, viel weniger bei Mehrheitssozialisten dort unten gewohnt sind. Unsern Genossen im Ruhrrevier muß aber auch gesagt werden, daß nicht nochmals die Führung der Dinge in ihren Händen entgleiten darf. Wer den Glauben an seine Sache aufgibt, gibt sich selbst und die Zukunft auf.

*

Wenn man von der polizeilichen Sicherung des Industriereviers, die unbedingt in verstärktem Maße notwendig ist, spricht, muß immer wieder betont werden, daß Reichswehr nie in Frage kommen kann. Neben andern allgemeinen schwerwiegenden Gründen schon deshalb nicht, weil sie sich bei der Bevölkerung verhaßt gemacht hat. Man hat nicht mit Unrecht vieles von der Weltfremdheit der einrückenden Militärs befürchtet, man hat gesagt, wie die Reichswehr sich im Jahre 1919 durch Berlin die Regierung verpflichtete, so tue sie jetzt dasselbe durch das Ruhrrevier, im Dienst der Arbeiterschaft spielt die Reichswehr die Rolle gebändigter Vorspannpferde für die Reaktion und die Monarchie. Der Haß gegen den wilhelminischen Offizier, der naturgemäß heute sein Monokel durch die Stäbe des Industrieviers trägt, ist lebendig. Die Zivilkommissare und politischen Beiräte des Genossen Severing haben viel verhütet, was die Weltfremdheit der Reichswehr sonst zuwege gebracht hätte. Spricht man aber von Uebergriffen der roten Terroristen und Banden, so soll man nicht vergessen, daß Teile der Reichswehr ebenso verfahren haben. Bekannt ist die Greueltat von Reichswehrsoldaten in Haltern, wo Reichswehrsoldaten 16 Angehörige des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die friedlich in einer Kantine saßen und an den Unternehmungen der Terroristen in keiner Weise beteiligt waren, glattweg ermordeten.

Einen niederschmetternden Eindruck macht es noch immer, wenn Offiziere, Kappfreunde und Hochverräter, als Stützen der Republik herumlaufen und so manchen armen Proletarier „standgerichtlich" zum Tode verurteilen, weil eine Waffe bei ihm gefunden wurde.

Der Errichtung von Arbeiterwehren gemäß den Beiselfelder Beschlüssen stehen alle Parteien skeptisch gegenüber. Die Neubildung würde zweifelsohne zu politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Wehren führen, wie das im Frühjahr 1919 der Fall war, ehe die Mehrheitssozialisten die Wehren ausschließlich bildeten. Heute erscheint es als großer Fehler, daß man die Wehren, die der Schutzzentrale Herne angeschlossen waren, so frühzeitig auflöste oder sie in Hundertschaften der grünen Polizei umwandelte.

Hinsichtlich der Bestimmung des Versailler Friedensvertrages bleibt ja an und für sich nur schwacher Polizeischutz übrig. Man hatte bis jetzt grüne und blaue Polizei. Letztere ist die ehemalige königliche und ist viel ihrer Gesinnung wegen gefürchtet. Die grüne Polizei bildete sich im Anschluß an die mehrheitssozialistischen Volkswehren. Die Väter verraten das Kind und die Schöpfer dieser Polizei sind Pope und Papst. Es ist militarisierte Polizei, die vor allen Dingen zwei Fehler hat, erstens sind ihre Offiziere reaktionär, z. T. Leser der Deutschen Tageszeitung und von der Kindersinde aus deutschnational belastet. Zweitens haben es unsre Genossen in den meisten Orten versäumt, in die Wehren einzutreten und sind so in den meisten Hundertschaften ohne jeden Einfluß. Wenn diese Staatspolizei während der Kapptage als kappfreundlich galt, mag vieles dafür sprechen. Fest steht heute, daß die Wiederkehr der Grünen, die bis heute noch in Wesel stehen, nicht von der Bevölkerung mit Hosianna gefeiert würde. Es wird zweckmäßig sein, wenn die alten Farben schwänden und eine Einheitspolizei geschaffen würde. Vorteilhaft wäre es, wenn die Regierung am Rande des Ruhrbeckens Reservekräfte bereit halten könnte. Diese Formationen müßten aus Republikanern bestehen. Die Polizei schwiege am besten. Vor allen Dingen müßte der Offizier verschwinden, der in Allüren und Manieren immer wieder an die wilhelminische Aera erinnert, von der er ja geistig auch nicht los kann. Entmilitarisiert die Polizei, entreaktioniert sie, um ein neues Wort zu gebrauchen, schafft verläßlichen Schutz gegen ein Verbrechertum, dessen Politik und Ideal einzig und allein das „Gesundstoßen" ist. Das ist der Weg zur Ruhe im Industrieviere.

Vor allen Dingen heißt es handeln. **Der Gefahren, die dort unten lauern, sind viele.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zur Erlangung von Entwurfs-Skizzen

für das

Deutsche Hygiene-Museum u. die Staatl. naturwissenschaftl. Museen in Dresden

wird ein

ALLGEMEINER DEUTSCHER IDEEN-WETTBEWERB

ausgeschrieben.

Zur Beteiligung eingeladen sind alle deutschen Architekten einschließlich der deutsch-österreichischen. Entscheidend ist die Staatsangehörigkeit am 1. Januar 1920. Die Unterlagen sind gegen Einsendung eines Betrages von 50 M., der bei Einreichung eines Entwurfes zurückerstattet wird, durch die Verwaltung des Deutschen Hygiene-Museums, Dresden-N., Lennéstraße 1, zu beziehen. Als Zeitpunkt für die Ablieferung ist der 1. September 1920 festgesetzt.

Für Preise stehen insgesamt 100 000 Mark zur Verfügung, die wie folgt verteilt werden sollen:

1. Preis	20 000 M.
2. Preis	15 000 M.
3. Preis	15 000 M.
4. Preis	10 000 M.
5. Preis, 6. Preis, 7. Preis je 10 000 M.	30 000 M.
Zusammen	100 000 M.

Dem Preisgericht steht jedoch auch eine anderweitige Verteilung dieser Gesamtsumme frei.

DRESDEN, den 1. April 1920.

DEUTSCHES HYGIENE-MUSEUM e. V.

SÄCHS. MINISTERIUM DES KULTUS UND ÖFFENTLICHEN UNTERRICHTS.

Konsumverein Vorwärts f. Dresden u. U.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Freitag den 23. April 1920, abends 7 Uhr im Tivoli-Palast, Wernerstraße 2

Ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern. Es scheiden aus: Herr Albert, Herr Eichhorn, Herr Herrmann, Fräulein Kunze, Schäfer und Sturm. Die Genannten sind wieder wählbar.
3. Statutenänderung. Abänderung der § 2, § 33 Abs. 1, § 41 Satz 1 sowie § 7 Abs. 4.
4. Anlauf eines Handgrundstücks in Seeden.
5. Aufnahme von Hypothekendarlehen.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Gegenstände Vertretung bei Abstimmungen ist nicht zulässig.

Als Legitimation gilt nur das Mitgliedsbuch. Ohne diese Legitimation kein Zutritt.

Der Aufsichtsrat:

Robert Feldhaus, Vorsitzender, Dresden-A., Stiftstraße 5.

DVM DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

DRESDEN UND UMGEGEND — SCHÜTZENPLATZ 20 — FERNRUF: 15 079 — SONNABEND von 9–2 Uhr

Achtung! Achtung!

Betriebsräte u. Betriebsobmänner.

Freitag den 23. April 1920, abends 6½ Uhr

Versammlung der Betriebsräte

Sonnabend den 24. April 1920, abends 6 Uhr

Versammlung der Betriebsobmänner der Kleinbetriebe

im Restaurant Gambrinus, Löbtauer Straße 66.

Tages-Ordnung:

1. Die nächsten Aufgaben.
2. Allgemeines.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdem. Verein Klotzsche

Freitag den 23. April, abends halb 7 Uhr im Hotel Erbgericht

Mitglieder-Versammlung.

Da eine reichhaltige Tagesordnung zur Beratung steht, ist es Pflicht der Genossen und Genossinnen, pünktlich und recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Flora-Theater

Kaufungerstraße 1

Heute: Lachfest ersten Ranges

6. B. D., Bezirk Königsbrück

Donnerstag den 22. April, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei Hartmann. Die Bezirksleitung.

Hermann Trompiers Bayr. Bierstuben

Freiberger Str. 13.

Kranken- u. Sterbeversicherungsverein der Schuhfabrik u. verw. Berufe zu Dresden

Sonnabend den 24. April 1920, abends 6 Uhr

General-Versammlung

im Saale 1 des Volkshauses, Schützenplatz 2

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über die Jahresrechnung von Einnahme und Ausgabe.
2. Wahl des Ausschusses.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Wahl der Rechnungsprüfer.
5. Wahl der Beisitzer.
6. Wahl der Ersatzmänner.
7. Änderung der Satzungen.
8. Verschiedenes.

Gegen die Versammlung der Beitragsbeiträge. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Krieger-Heimstätten-Geldlotterie

50 000 Mark
25 000 Mark
15 000 Mark
10 000 Mark
5 000 Mark

Jedes Los 2 M.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. Zeitschriften nimmt entgegen Herm. Fischer, Klopstockstraße, Ecke Strehlener Straße.

Vaterland Licht-Spiele

Freiberger Platz – 20.

Täglich von 5½ bis 10, Sonntags von 3 bis 10 Uhr

Der neue Schlager! Uraufführung!

Göttin! Dirne! Weib!

Dramatisches Liebesspiel, durch die Jahrtausende in 5 Akten. Prachtvolle Aufnahmen. Packende Szenen. Dazu: Der neue Sehenswert. Lustsp. in 3 Akt. Lachen ohne Ende.

Verlängert! — Verlängert!

Kammer-Lichtspiele

Der bisher erfolgreichste Film in Dresden!

Der große Hagenbeck-Film

Hauptrollen: Ria Jende und Madge Jackson

?? Darwin ??

oder:

Im Fieber unter Afrikas Tropensonne

6 Akte Eine Tragödie in den Tiefen des Urwaldes **6 Akte**

Prächtige Aufnahmen aus dem afrikanischen Urwald, fesselnde Raubtierjagden auf Elefanten, Bären, Affen usw., hochdramatische und packende Handlung.

Wochentags 5½–10 Uhr. Wilsdruffer Str. 16. — Fernsprecher 17666. Sonntags 1–10 Uhr.

Diesen Donnerstag, 7 Uhr, Künstlerhaus

Fröhliche Spötter

F. A. Geißler — Henry Müller-Rein.

Selbst verfertigte — selbst gesprochene.

Karten à 3–4 M. Sonntag Kassenverkauf, Kaufhaus 1 M. an der Abendkasse.

Grosse Wirtschaft

Grosser Garten

Von Sonntag, 25. April, an

Täglich Konzerte

Leitung: Kapellmeister Hans Franke

Beginn 4 und 7 Uhr

Kinderbelustigungen

Königshof-Theater

Fernsprecher 18 451 — Täglich 7½ Uhr — Fernsprecher 18 451

Der sanfte Heinrich.

Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann u. Max Reinhardt.

Elysium

Gaststätte Dresden, Bautzner Straße 1 und 16, Bergkeller

Donnerstag, den 22. April

Gr. öffentl. Damenball.

Verstärktes Ball-Orchester!

Ball-Anzeiger

für Donnerstag, den 22. April.

Strehlen (Gasthof Strehlener Lerchenberg)	Heute Ball-Tanz
Gruna, Stern 12. Kaffeehaus mit Kaffeehaus-Kapelle.	
Kleinpestitz, Nr. 16 Künstler-Kapelle.	
mit Wintergarten und Tanzdiele.	

Preiswerte Angebote in **Kurzwaren**

Haarnetze, mit Gummi, in allen Farben, Stück	35 Pf.	Korsettschließen, bess., Paar	1.50 M.
Maßstabe, 100 cm lang, Paar	1.95 M.	Korsettstangen, 5 m lang, Stück	1.65 M.
Schuhstangen, 100 cm lang, 3 Paar	1.95 M.	Strumpfband-Wechselschl., Paar	45 Pf.
Halbschuhstangen (Kunstleder, schwarz), Paar	1.50 M.	Stopfpilze, Stück 45 und	35 Pf.
Trendlnäpfe, gut reinwol., Dutzend	75 Pf.	Stopfgarne, weiß, schw., braun, Rolle	10 Pf.
Stoßhaken, 1½ cm br., Meter	15 Pf.	Handschuhknöpfe, Stück	45 Pf.
Wiedergurt, Meter 45, 40, 35 Pf.		Nähperlen, Stück	25 Pf.
Zwirnknöpfe m. Metallr., Dutzend	10 Pf.	Strumpf-Gummiband, gute Qualität, m	1.95 M.
Jackenlitzen, Stück = 10 m	1.50 M.	Baumwollband, schm., m	15 Pf.
Stahlstecknadeln, Brief	25 Pf.	Stahlfedernmieder, Paar	35 Pf.
Taschentücher in Batist, Linon, Batist, Damen, Paar	75 und 50 Pf.	Kinderstrumpfhalter, Paar	95 Pf.
Haarnadeln, Paket	15 Pf.	Nähnadeln, Brief	45 Pf.

Messow & Waldschmidt

Billiger Verkauf

meiner grossen Bestände in fertigen

Anzügen, Hosen usw.

für Herren, Burschen und Knaben

wegen Aufgabe meines Konfektionsgeschäfts

Werner Kappes, Dresden-Trachau

Leipziger Strasse 224.

Meißner Tafelessig mit Wein

Rheinischer Weinessig, extrafein

Spielhagen, Annenstraße 9

sowie in der Filiale Bautzner Strasse 9

Zigaretten!

Dachdecker-Einrichtung

Isis Werke Dentz-Thomitzsch

Hemdenflanell

Kart. 2 M. **Neue Welt-Landkarte** Kart. 2 M.

empfiehlt Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eupen und Malmedy

166. Sitzung der „Nationalversammlung am Dienstag, dem 20. April 1920. 1 Uhr.

Am Regierungstische: Koch, Geßler, David, Köster.

Zunächst werden alle Anträge, die sich gegen die Preissteigerung richten, einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Anfragen

Abg. Tusche (D. Vp.) fordert infolge der Ereignisse vom 13. März die Verlängerung aller Notfristen. — Es wird erklärt, daß das in dieser Allgemeinheit nicht möglich sei.

Abg. Deglerk (Dnat.) erhebt Einspruch gegen die Ernennung des praktischen Arztes Köbisch zum Reichskommissar in Breslau.

Die Regierung läßt erklären, daß eine solche Ernennung verfassungsmäßig zulässig sei; wenn dabei auf die Zugehörigkeit des Dr. Köbisch zur Demokratischen Partei hingewiesen wurde, so geschah das zur Beruhigung der durch den Kapp-Putsch aufgeregten Bevölkerung. (Lachen rechts.) Inzwischen ist die Angelegenheit erledigt, da ein Regierungskommissar ernannt und die Vollmacht für erloschen erklärt worden ist.

Abg. Schiele (Dem.) verweist auf die Not der in Rußland schmachtenden deutschen Gefangenen.

Reichskommissar Stücklen teilt mit, daß ein Gefangenenabkommen mit der Sowjetregierung geschlossen sei. Die Kosten des Rücktransportes sind sehr groß; sie betragen für den einzelnen Gefangenen 30 000 M. Ein Schiff mit Lebensmitteln für die Gefangenen in Rußland ist unterwegs. Der Rücktransport auch der letzten Gefangenen wird bis Herbst laufenden Jahres erwartet.

Abg. Graefe (Dnat.) verlangt anläßlich der Erschießung des Patrouillenführer Leutnant Graf Kalnein ein entschiedenes Vorgehen gegen derartige französische Uebergriffe.

Die Regierung erwidert, daß sie in Paris eine Note überreicht hat, worin sie verlangt, daß die schuldigen französischen Soldaten alsbald zur Verantwortung gezogen werden, und daß ihr von der erfolgten Sühne Mitteilung gemacht wird.

Abg. Erkelenz (Dem.) schildert die unzulängliche Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Es wird die Einfuhr von Brotgetreide für dieses Gebiet erwogen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, über

die belgischen Uebergriffe

in den Kreisen Eupen und Malmedy. Die belgischen Behörden suchen die Abstimmungsergebnisse zu beeinflussen.

Abg. Dr. Meerfeld (Soz.) begründet die Interpellation. Bei einer Abstimmung soll doch der wirkliche Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Nun ist zwar im Friedensvertrag nichts Genaues über die Art der Abstimmung gesagt; aber Clemenceau hat ausdrücklich eine freie unbeeinflußte Abstimmung zugesagt, zuletzt noch als Vorsitzender im Ausschuß am 6. Juli 1919. Die volle Freiheit der Abstimmung soll gesichert werden. Wir haben also bindende und feierliche Zusagen, daß die Bevölkerung vollkommen selbständig abstimmen kann. Das ist aber leider nur die Theorie, in der Praxis sieht die Sache ganz anders aus. Nach allen Meldungen aus Eupen und Malmedy ist die Abstimmung wie sie dort gehandhabt wird

nur eine heuchlerische Posse.

Namentliche Listen liegen aus, in die die Abstimmungsberechtigten sich eintragen müssen; diese Listen liegen aber lediglich in den beiden Städten Eupen und Malmedy, so daß der gesamten Landbevölkerung die Teilnahme an der Abstimmung geradezu unmöglich gemacht wird. Außerdem suchen die belgischen Kommissare jeden, der sich einträgt, in der unerhörtesten Weise zu beeinflussen, arbeiten mit Drohungen und Nötigungen, um die Deutschstimmenden einzuschüchtern. (Hört, hört!) Noch schlimmer ist aber die wirtschaftliche Drangsalierung derjenigen, die den Mut haben, sich zum Deutschtum zu bekennen. Das beste Mittel ist hier die Benachteiligung bei der Umwechslung des deutschen Geldes in belgisches, sowie bei der Verweigerung von Vergünstigungen. Der belgische Annexionismus streckt aber seine Hände nach dem ganz rein deutschen Kreise Monschau aus, nur weil die Bahn Kalterherberg—Staberau den Belgiern sehr gelegen kommt. Gegen all diese Vergewaltigungen müssen wir von dieser Stelle aus flammenden Protest erheben und das Gewissen der Menschheit anrufen. (Sehr richtig!) Die gequälte Bevölkerung fleht die Abgeordneten der Nationalversammlung an, zu helfen und ist jetzt spontan in einen allgemeinen Generalstreik getreten. Arbeiter, Bürger und Beamte halten zusammen, um ungehinderte freie Abstimmung zu erzwingen. Wir danken den treuen Bewohnern der gefährdeten Kreise und versprechen ihnen die volle Unterstützung des ganzen deutschen Volkes und verlangen von der Regierung, daß sie niemals diese schamlose Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts zuläßt, sondern das Gewissen der Welt anruft und im Namen der Gerechtigkeit von Belgien die Einhaltung des Selbstbestimmungsrechts durchsetzt. (Lebhaftes Bravo!)

Reichsminister des Aeußern Dr. Köster: In der vorliegenden Frage sind sich alle Parteien einig. Ich habe ein Jahr lang mitten in den schweren Kämpfen, die unsern Brüdern in den Grenzlanden durch den Friedensvertrag aufgezwungen worden sind, gestanden und so lange ich politisch denken kann, habe ich als Sozialdemokrat immer an den großen Wert der Selbstbestimmung geglaubt. Gerade darum bekenne ich hier, daß das deutsche Volk und besonders das Volk an unsern Grenzen, die uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Abstimmungen und ihre Resultate

niemals als rein nationale Entscheidungen

anerkennen kann. (Sehr richtig!) Schon deshalb nicht, weil sie alle stattfinden in einer Zeit, in der unser Land wirtschaftlich und seelisch gebrochen am Boden liegt, weil sie nicht stattfinden zwischen Nation und Nation, sondern zwischen einem geschlagenen und einem siegreichen Lande, zwischen hohen Steuern und niedrigen, zwischen Hunger und Sattheit. (Sehr wahr!) Am schlimmsten liegen die Dinge in Eupen und Malmedy. Zum Protest gegen die nationale Vergewaltigung ist die Bevölkerung dort am 14. April in den Generalstreik getreten. Die Belgier haben neue Maschinengewehrabteilungen in den Kreis geworfen, die Lage ist äußerst ernst und beunruhigt auch in hohem Maße die anschließenden Gebiete, besonders Aachen. Die Stimmung der wirklichen Bevölkerung einschließlich der Wallonen Malmedys ist aber rein deutsch. Bei einer Umfrage stimmten auf dem Lande 7000, in der Stadt 12 000 für Deutschland, nur 400 für Belgien und dies allein im Kreise Malmedy. Die im Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung ist so eigenartig, daß sie den Namen aber eigentlich nicht verdient. Erst **nach dem Souveränitätsübergang ist der Bevölkerung**

eine Protestkundgebung gegen den neuen Herrn

gestattet. Der Artikel 34 des Friedensvertrags öffnet der Willkür Tür und Tor, so daß eine freie, unbeeinflußte Abstimmung nicht gewährleistet ist. Wir fordern dagegen **Garantien für eine unbeeinflußte Abstimmung.** Der belgische Kreiskommissar hat öffentlich erklärt, er werde den ersten, der zur Abstimmung komme,

die Treppe hinunterwerfen.

Die Versprechungen der Alliierten sind nicht erfüllt worden. Beschwerden hatten keinen Erfolg. Die Noten der Reichsregierung wurden nicht beantwortet. Auch an den Völkerbund sind die Anklagen gerichtet worden. Im Kreise Monschau, den Belgien für sich verlangt, lebt nur eine einzige wallonische Familie mit 7 Köpfen. Die Grenzfestsetzungskommission hat Belgien die Bahnlinie mit einem Drittel des Kreises zugesprochen. Damit hat die Kommission ihre Befugnisse überschritten. Die Reichsregierung wird alles tun, **um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen.** Sie wird mit allen Mitteln für eine Aenderung des Beschlusses der Kommission eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß die gewaltige Mehrheit des Hauses hinter diesen Erklärungen stehe. (Lebhafter Beifall.)

Die Interpellation über den Durchgangsverkehr nach dem Osten wird auf Mittwoch vertagt.

Es folgt der Gesetzentwurf über die

Befriedung der Gebäude des Reichstags

und der Landtage, wonach innerhalb des befriedeten Bannkreises dieser Gebäude Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden dürfen.

Abg. Koenen (U. Soz.): Das vorliegende Gesetz schränkt die Freiheit ein, die die Verfassung dem Volke bringen sollte. Wir stimmen gegen dieses Gesetz, mit dem Regierung und Parlament auch gegen Arbeiterdemonstrationen sich schützen wollen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir lehnen dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, gegen die Proletarier, als Ganzes ab. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Blunck: Es ist nicht antidemokratisch, sondern die Vollendung der Demokratie, daß die Vertreter des Volkes bei ihren Beratungen und Beschlüssen gegen jeden äußeren Druck mit allen Machtmitteln des Staates geschützt werden.

Abg. Krüger (Soz.): Das Volk hat ein Recht darauf, daß seine Vertreter ungestört arbeiten können. Auch beim revolutionären Rätekongreß erregte es allgemeinen Unwillen, daß andauernd Deputationen eindrangen. So kann man nicht verhandeln, daß einfach jeder mitspielt, denken Sie an manche Großberliner Stadtverordnetenversammlungen und die dortigen Lärmszenen. Und selbst wenn man annimmt, daß die Vorgänge vom 13. Januar durch Provozierung hervorgerufen worden wären, dann tragen die Freunde des Herrn Koenen daran Schuld, daß sie den Boden für die Provokateure vorbereitet haben und nicht durch entsprechende vertrauenswürdige Führer diese Vorgänge unmöglich gemacht haben. — Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung

eines Gesetzes zur Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern.

Wenn ein Patent oder Gebrauchsmuster während des Krieges nicht in einer seiner wirtschaftlichen und technischen Bedeutung entsprechenden Weise hat ausgenutzt werden können, so kann seine gesetzliche Dauer verlängert werden.

Die Vorlage wird nach zustimmenden Erklärungen der Abgg. Burlage (Zentr.), Dershofen (Dem.) und Rieser (D. Vp.) angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren. Verbunden damit wird auch die Vorlage über das bayerische Postregal.

Reichspostminister Giesberts empfiehlt die Vorlage. Die Verteuerung des Verkehrs ist sehr beklagenswert, da sie den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens erschwert, aber angesichts der Steigerung aller Preise, der schlechten Valuta und des Jahresdefizits von 1 Milliarde 344 Millionen Mark notwendig. Die jetzige Vorlage soll 1¼ Milliarden einbringen. Neben der Sparsamkeit im Betrieb muß eine größere Arbeitsleistung und erhöhte Arbeitslust eintreten. Jede Einnahmequelle muß ausgenutzt werden. Ueberflüssige Arbeitskräfte müssen trotz der Bitterkeit dieser Maßnahme entlassen werden. Das in der Vorlage veranschlagte Defizit von 835 Millionen Mark wird sich trotz den neuen Tarifen auf 1,4 Milliarden Mark erhöhen. Besonders im Fernsprech- und Telegraphenverkehr sind die Materialpreise außerordentlich gestiegen. Das der Postverwaltung zu gewährende Darlehen ist notwendig, sonst müßte eine noch weitere Erhöhung der Gebühren erfolgen. Die Vorlage ist ein Zeichen der schweren Not, aber sie muß getragen werden.

Darauf werden die Vorlagen dem Haushaltausschuß überwiesen. — Mittwoch 1 Uhr: Interpellation über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, Patentgesetz, Besitzsteuer, Reichsausgleichsgesetz. — Schluß nach 5 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Wie Hölz entlarvt wurde

Aus Plauen wird mitgeteilt: Ein Chauffeur, der den früheren Kommunistenführer Hölz in einem Luxusautomobil von Falkenstein nach Plauen gefahren hatte und der jetzt mit einer Kommission in Eger war, erzählt u. a.: Wir sollten bereits am Sonntag nach Eger fahren, wurden aber an der Grenze von tschechischen Soldaten angehalten, die sich erst genau erkundigen wollten. Am nächsten Tage konnten wir dann weiterfahren und kamen in Aich beim Major Fürbach an, der uns nach Eger begleitete. Dort wurden wir vor dem Kreisgericht von den tschechischen Behörden höflich begrüßt und dann nach dem Vernehmungszimmer geführt, wo sich der mir wohlbekannte frühere Adjutant von Hölz aufhielt. Bald wurde dann auch der verhaftete Müller alias Hölz hereingeführt. Ein Kreisgerichtsrat fragte ihn: Geben Sie zu, der Kommunist Max Hölz zu sein? Hölz, der mich noch nicht gesehen hatte, antwortete: Ich habe Sie ja noch gar nicht gefragt, wer Sie sind. Da trat ich vor und sagte: Guten Morgen, Max, wie geht's dir? Hölz war sehr erschrocken und gab dann zu, daß er der Gesuchte sei. Er fragte mich, wie ich nach Eger gekommen sei und ob mich die tschechischen Behörden geholt hätten. Ich bestätigte ihm das, worauf er mich fragte, wie es denn sonst gehe und ob viele der unsrigen gefangen seien. Später beauftragte er mich, seiner Frau und Schwiegermutter mitzuteilen, daß er sich in Eger befinde. Nach diesen Geständnissen des Hölz hatte sich unser Auftrag erledigt und wir begaben uns nach Plauen zurück.

•

Die sächsische Regierung hat an die tschechische Regierung das offizielle Verlangen nach Auslieferung des Bandenführers Hölz gerichtet. Sie begründet es mit gemeinem Verbrechen, namentlich Erpressung. Man erwartet an den zuständigen Stellen, daß Hölz ausgeliefert wird.

•

Wie das Prager Tageblatt meldet, hat der in Marienbad festgenommene Kommunist Hölz bei seiner Verhaftung einen Depotschein zu vernichten versucht, der auf 245 000 Mark eingezahlter Depositengelder lautete und von einer bayerischen Bank auf den Namen Schmidt ausgestellt war. Das bei Hölz vorgefundene Bargeld von 150 000 M. bestand aus Tausend- und Hundert-Mark-Scheinen. Ferner hatte Hölz für eine halbe Million Brillanten in den Kleidern eingenäht bei sich.

Säuberungsmaßnahmen

Um jede Mißdeutung auszuschließen, teilt das Wehrkreiskommando mit, daß es sich bei den jetzt in der Gegend von Meerane, Crimmitschau und Werdau zu treffenden militärischen Anordnungen um keinerlei Maßnahmen gegen die friedliebende Bevölkerung dieses Gebietes handelt. Die genannte Gegend soll vielmehr genau so wie das übrige Vogtland von den Verbrecherbanden des Hölz befreit werden. Ferner sollen die ungesetzmäßig ausgegebenen Waffen eingezogen und, soweit notwendig, verfassungsmäßige Zustände wieder hergestellt werden. Jede nur mögliche Rücksicht soll hierbei auf die Bevölkerung genommen und unnötige Belästigungen von ihr ferngehalten werden. Anderseits bittet der Militärbefehlshaber aber auch die Bevölkerung dieses Gebietes darum, die Truppe bei Durchführung ihrer im eigensten Interesse der arbeitenden Bevölk

---

12

Der Wildschütz

Roman von Hermann Horn

Aber während ihre Augen über die Zeilen glitten, ohne recht zu fassen, was sie überflogen, drängten sich die Vorstellungen in ihr aufzuckend wie heftige Schläge.

So — da war ihr guter, schnupfender Bruder, dem das eben ein Fall war. So — da war der Herr Sohn, der eben noch Schlimmeres begangen hatte, der wollte ein Exempel statuiert wissen. So — da war ein Mensch in ein schweres Schicksal verflochten, fromm und reuig durch ihren Bruder gemacht, weil der einen Brief nicht rechtzeitig gelesen hatte. So — da lieferte sich ein harmloser Naturmensch in seiner Unwissenheit dem grausamen Gesetz aus, weil er menschlich und glücklich sein wollte, und dafür sperrte man ihn dann ein und verdarb ihn für alle Lebzeit. So — und das fanden alle natürlich und richtig — so — das sollte so sein — so sollte der arme, gute und schöne Mensch blind in sein Verhängnis laufen? So — so — und immer so — —! Aber nein, so sollte es nun gerade nicht werden, wahrhaftig nicht, sie wollte das ändern!

Die hart aufeinander folgenden Gedanken warfen sie am Ende in ein solches Gewoge der Erregung, daß sie nicht mehr sitzen bleiben konnte. Sie klappte plötzlich heftig ihr Buch zu, erhob sich und verließ, ohne sprechen zu können, das Zimmer.

Die beiden andern sahen ihr bestürzt nach, aber sie fanden auch kein Wort zueinander und blickten schweigend sitzen, jeder große Wolken die Sinne einschläfernden Tabaks um sich verbreitend.

Am andern Morgen war Fanny von Pforden fest überzeugt, mit ein wenig überlegener Auseinandersetzung den Gefangenen zu einer klugen Zurücknahme seines Geständnisses veranlassen zu können. Merkwürdigerweise stand jedoch sofort in ihr fest, sich erst einmal das Mädchen anzusehen. Der väterliche Wachtmeister hatte sie eine halbe Stunde vor der Stadt bei einem Wirte untergebracht, dem die Frau und Mutter zahlreicher Kinder unheilbar erkrankt war.

So ließ sie das kleine Mägelchen ihres Bruders anspannen und lenkte, den Kutscher hinter sich, selbst durch die Straßen.

Das Haus lag einsam an der Landstraße im Tal. Ein Rüßlein rauschte daran vorbei und zu beiden Seiten ragten wieder von Nebelfetzen umweht die hohen, mit Tannen bewachsenen, felsigen Berge schweigend und ernst empor.

Die Baronin trat in die bäuerliche Wirtsstube. Die Hausfrau, ein stilles, bleiches Weib, saß neben einer Wiege im Lehnstuhl am Ofen, und am Tisch hockten flachshaarige Kinder und starrten schweigend nach der eingetretenen Dame, denn sie trug einen glänzenden Pelz und darunter schimmerte ein blauseidenes Kleid.

Marie kam, von einem Kinde gerufen, eilfertig herein und wischte sich unterwegs noch die von der Arbeit feuchten Hände mit der Schürze ab.

Frau von Pforden musterte das Mädchen mit ihrem langstieligen Augenglas und ließ sich ein Glas Wein reichen, bevor sie etwas herablassend zu sprechen begann. „Mein Bruder, der Landgerichtsrat Beilhak, schickt mich, Marie, aber Sie brauchen keine Angst zu haben, es geht nicht ins Gefängnis, im Gegenteil, der Kreisarzt hat die Todesursache des Kindes glücklicherweise feststellen können. Sie selbst sind in dieser Sache völlig frei! Haben Sie mich verstanden?"

„Doch," erwiderte Marie und wurde rot, „dank schön dem Herrn Landgerichtsrat, wenn ich bitten dürft."

Dann ergriff sie die Gelegenheit, als das Kind in der Wiege schrie, nahm es auf und trug es ein wenig im Zimmer umher.

Frau von Pforden sah ihr zu, rauschte zu der Wirtsfrau, fragte sie nach ihrer Krankheit und diesem und jenem und richtete zuletzt wieder das Wort an Marie, die gerade das Kind wieder in die Wiege legte. „Ihrem Bräutigam wird's nicht so gut gehen, wie Ihnen, Marie, den wird man nicht so bald wieder freigeben. Da müssen Sie wohl mit dem Heiraten noch etwas warten."

Marie errötete aufs neue und erwiderte dann in einem Tone, dem man wohl einen gewissen aufkehnenden Widerstand anhören konnte: „O, daran hab ich auch nicht gedacht."

„So!" machte die Baronin, „na, um so besser für Sie. Brauchen Sie etwas? Geld, oder wenn Sie sonst einen Wunsch haben, wenden Sie sich nur an uns!"

„Ich brauche nichts," erwiderte das Mädchen, und richtete unwillkürlich den Blick nach der kranken Frau am Ofen.

„Wenn sie anstellig ist," nahm diese auch das Wort, „kann sie gut und gern bei uns bleiben."

Da in diesem Augenblick Peitschenschlag draußen zu vernehmen war, und gleich darauf der Wirt, ein großer Mann, eintrat, konnte die Baronin noch kurze Zeit seinen Empfang durch die beiden Frauen beobachten, bevor sie sich verabschiedete.

Sie ließ jetzt den Kutscher fahren und lehnte sich bequem im Wagen zurück. Dabei erlebte sie noch einmal die letzte Szene im Wirtshaus. Wie der derbe Mann auf Fuhrmannsart seine Frau begrüßte, sich dann mit einem wohlgefälligen Lächeln an das Mädchen gewandt hatte, und wie die ihm aus dem Mantel geholfen und sein Essen aus dem Ofen gelangt hatte.

Sich da, dachte sie dann, da ist ja schon die Lösung. Die Frau ist am Sterben und schon leben sich die beiden Leutchen am ersten Tage zueinander. Wenn der junge, romantische Wilderer aus dem Gefängnis kommt, findet er schon ein Märchen vor. Es ist recht gewöhnlich. Und wie sie das sagte: Ich habe gar nicht ans Heiraten gedacht — das war so recht charakteristisch. Im übrigen ist sie ganz niedlich, aber nichts besonderes.

So ähnlich äußerte sie sich auch ihrem Bruder gegenüber. Der brummte etwas vor sich hin, ließ sich aber auf nichts ein, denn er hatte sich den ganzen Tag mit dem Eberl herumärgern müssen, der verschmitzt und verlogen um jeden Fußbreit Boden kämpfte und wie eine wütende Katze gegen die vorgehaltenen Geständnisse Xaver Bauers anfauchte. Sie bekamen auch später nichts mehr aus ihm heraus, denn er mußte beständig Zeugen und Angeschuldigte verhören, die nicht die erquickliche Freude schenkten, wie Xaver Bauers Sehnsucht nach Reinlichkeit und Wahrheit. Aber er meinte: „Geh halt zu ihm! Dem armen Teufel wird's wohl tun, wenn sich eins um ihn kümmert."

Frau von Pforden aber dachte, so sind sie. Erst sehen sie die Konflikte, erkennen auch Verantwortung und eigene Schuld, aber dann wollen Sie's vom Halse haben. Dadurch wurde ihr Widerstand und ihre Empörung gegen das Verharrungsgesetz der Trägheit, das sich durch alle menschlichen Einrichtungen und Absichten schiebt, rebellisch erregt. Aber sie hatte doch auch eine gewisse Scheu vor einer Zusammenkunft mit dem Gefangenen neben der Neugierde und dem heftigen Wunsche, ihn zu sehen und zu sprechen. Denn es schien ihr nach zwei Tagen doch nicht mehr so ganz einfach, ihn ohne weiteres überreden zu können.

Da sie nun doch aber nach München abreisen mußte, ließ sich die Unterredung nicht länger aufschieben, und so trat sie eines Morgens in das geräumige Gemach, das Xaver als Untersuchungsgefängnis diente. (Fortsetzung folgt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rung liegenden Aufgabe zu unterstützen und kleine Unbequemlichkeiten, die der allgemeinen Sache dienen, mit in Kauf zu nehmen.

Keine Einheitsfront

Aus dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Landesinstanzen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen zitiert die Unabhängige Volkszeitung folgenden Satz:

„Sollte die Regierungsumbildung nicht vor den Wahlen stattfinden, so müsse doch die Einheitsfront im Kampfe gegen rechts bei denselben aufrechterhalten, dabei aber beiden Parteien die Freiheit zur Vertretung ihrer grundsätzlichen Auffassung im Wahlkampf gelassen werden."

Dazu bemerkt das Blatt der Dresdner Unabhängigen:

„Das kann den Anschein erwecken, als ob man irgendwelche Abmachungen dieser Art getroffen habe. Unsre Genossen haben aber, als die Frage von der andern Seite aufgeworfen wurde, bestimmt und ausdrücklich erklärt, daß sie jede Vereinbarung mit der S. P. D. in bezug auf den Wahlkampf ablehnen. Selbstverständlich aber sei, daß man ihn sachlich führen wolle."

Ob man herauslesen kann, was die Unabhängige Volkszeitung anführt, sei dahingestellt; bemerkenswert aber ist, daß die U. S. P. jeden Anschein vermeiden möchte, daß sie für eine sozialistische Einheitsfront bei den kommenden Wahlen zu haben sei.

Hierzu wird uns noch von der Landesparteileitung geschrieben:

In einer Zuschrift unter dem 31. März teilt der unabhängige Vorsitzende Zeigner unsrer Parteileitung die Forderungen der Zentrale der Unabhängigen Sozialdemokratie mit und knüpft hieran schriftlich die Bitte an die S. P. D., alsO Organisation dazu Stellung zu nehmen und der U. S. P. ihre diesbezügliche Entschließung mitzuteilen. Unter dem 7. April erfolgte durch unsre Parteileitung Mitteilung an die unabhängige Parteileitung dergestalt, daß man zu dem Schreiben der U. S. P. Stellung genommen habe und sie um eine persönliche Verhandlung ersuche. Auf Vorschlag der U. S. P. wurde dann die Verhandlung in der Volkskammer abgehalten, über deren Verlauf der Parteivorstand in den nächsten Tagen ein gedrucktes Protokoll zugehen wird. Dasselbe ist auf Grund stenographischer Aufzeichnungen abgefaßt. Daraus können sich unsre Genossen selbst ein Urteil bilden über die Stellung der U. S. P.-Leitung bei jenen Verhandlungen.

Enten aus der sächsischen Wendei

Die auch von uns erwähnte, aber bereits mit Fragezeichen versehene Meldung, wonach sich die sächsischen Wenden zu einer besonderen Partei mit deutlich-kommunistischen Tendenzen zusammengeschlossen haben soll, wird jetzt mitgeteilt und zum größten Teil aus den Fingern gesogen. Der Bautzner Vertreter eines Dresdner Blattes führt nämlich dazu aus: Die in Bildung begriffene Sozialistische Volkspartei ist fast ausschließlich von evangelischen Wenden ins Leben gerufen worden. Sie werde in Verbindung mit den Deutschen auf dem Lande erscheinen und auch mit den Deutschen eine Kandidatenliste aufstellen. Allerdings wolle sie sozialisieren durch Schaffung von Heimstätten für Arbeiter, insbesondere Kriegsbeschädigte, durch Stärkung des kleinen und mittleren Bauernstandes durch entsprechende Aufteilung des Großgrundbesitzes und dadurch die Selbstversorgung insbesondere Familien fördern. Die neue Partei ist gar nur noch nicht in der Oeffentlichkeit getreten. Die sorbischen Wenden hätten noch keine Entschließung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen gefaßt. Auch ein etwaiger Anschluß der sächsischen Sozialisten an das Zentrum sei nur Vermutung.

Unabhängige Reichstagskandidaturen

Die Leipziger Unabhängigen haben am 18. April in einer Generalversammlung vom Groß-Leipzig zu Kandidaten für die Reichstagswahlen gewählt: Friedrich Geyer mit 782 Stimmen, Seeger mit 696, Lieberasch mit 609, Lipinski mit 590, Schöning mit 566, Frau Thiel mit 542, Kurt Geyer mit 499, Schilling mit 438, Kliem mit 395, Liebmann mit 339, Frau Plotke mit 337 und Hans Pfeif mit 235 Stimmen. Die Zahl der Mitglieder dieser Parteiorganisation beträgt jetzt mehr als 56 000.

Auffällig ist die Niederlage des hyperradikal verfliegenen Kurt Geyer, den selbst nun auch die Leipziger ablehnen, nachdem sie ihn noch bei der Nationalratswahl auf den Schild erhoben hatten.

Unwetter in Meißen und Roßwein

Meißen. Ein schweres Gewitter hat am Montag nachmittag in der vierten Stunde die Meißner Gegend heimgesucht. Die wolkenbruchartig niedergehenden Wassermassen konnten von den Schlauchen nicht aufgenommen werden, und so glichen die abfallenden Straßen im kurzer Zeit reißenden Wasserläufen, die alles mit sich fortrissen und in die Gärten und Keller eindrangen, überall furchtbare Verheerungen anrichtend. Leider ist dem Unwetter auch ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Die in den fünfziger Jahren stehende Frau Böhmel hat in dem im Kellergeschoß gelegenen Waschhause gemolken, wo sie von den herbeirauschenden Wassern überrascht worden und ertrunken ist. Eine Stätte toller Verwüstung bildet das Bäcker- und Konditorei-Grundstück von Arnold an der Heinichbergstraße, wo die Flut an dem Berghange sich einen Weg suchte. Mauern durchbrach und den Keller unter Wasser setzte. Am schlimmsten wurde hier eine im Obergeschoß des einen Seitenflügels wohnende Familie betroffen, bei der die Flut in die an den Berg anliegende Wohnung eindrang und Betten, Möbel und sonstige Gerätschaften, die schließlich in den Zimmern umherschwammen, zerstörte. Zentnerschwere Steine und große Geröllmassen bedeckten den Garten unterhalb des Klostergutes. Auch im Meißatal hat die Flut wieder großen Schaden angerichtet und verschiedene Grundstücke arg in Mitleidenschaft gezogen, Gartenzäune hinweggerissen, die Gärten ihres guten Bodens beraubt und dafür mit Schlamm und Steingeröll überzogen. Ueberall in den Gärten und Weinbergen sieht man die Folgen des Unwetters. Mauern sind eingestürzt. So ist auch der vom Restaurant zum Schweizerhaus nach Cuchenberg führende Fußweg vollständig unterbrochen. Die Mauern vor dem Bahrmann'schen Grundstück mit dem dahinter liegenden Erdreich sind in die Tiefe gerissen. Und so sieht man allerwegen auf Bilder der Zerstörung. Die Straßen und Wege sind zerrissen oder mit einer dicken Schlammschicht überzogen. Auf den Feldern sind die meist erst in den letzten Tagen gelegten Kartoffeln wieder herausgespült und die am Montag morgen so üppig prangenden Saaten und Gärten bieten überall ein Bild der Zerstörung.

Aus Roßwein wird gemeldet: Montag nachmittag ging über unsre Stadt und Umgebung ein langanhaltendes schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Schlossen nieder, das an Fluren und Gebäuden erheblichen Schaden verursacht hat. Die lehmigen Wasserfluten mit Steinmassen jagten die abschüssigen Straßen hinab und überschwemmten die Grundstücke der Niederstadt. In Verkaufsläden und Erdgeschoßwohnungen standen die Wassermassen bis zu 40 Zentimeter Höhe. Auch in den umliegenden Dörfern soll das Unwetter zum Teil erheblichen Schaden verursacht haben.

Plauen. Nach dreiwöchiger Unterbrechung erschien am Montag die Neue Vogtländische Zeitung zum ersten Male wieder, nachdem die Folgen der von den Hölzbanden angerichteten Verwüstungen wenigstens notdürftig behoben worden waren.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Mittweida scheuten bei Pferde eines unter dem Wagen des Getreide- und Kohlenhändlers Hößler fahrenden Geschirrs, das einen Berg hinunterfuhr. Sie fuhren in den Hößlerschen Wagen hinein, wobei derselbe zertrümmert wurde. Frau Hößler und der Kutscher erlitten einen schweren Schädelbruch und Gehirnerschütterung. Frau Hößler ist kurz nach dem Unfall gestorben. Auch der Zustand des Kutschers ist bedenklich. — Im 3. Morgenstern-Schacht bei Zwickau wurde ein 19jähriger Förderhauer Max Seifert von einem Hund gebissen und tödlich verletzt. — Ein 40jähriger Geschirrführer Strauch aus Oberlungwitz wurde infolge Scheuens der Pferde vom Wagen geschleudert. Er war sofort tot.

Stadt-Chronik

Warnung vor Demonstrationsumzügen

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Warnung:

„Am Montag fand im Krollpalast in Friedrichstadt eine Erwerbslosenversammlung statt. Den Erwerbslosen war durch das Polizeipräsidium mitgeteilt worden, daß bei der bedrohlichen Ernährungslage, die in den gegenwärtigen Erwerbslosenkreisen besteht, ein Demonstrationsumzug keines Falls geduldet werden könne. Die Leitung der Erwerbslosenbewegung wurde ersucht, allen ihren Einfluß aufzubieten, um die Erwerbslosen von dem im Anschluß an die Versammlung geplanten Umzug abzubringen; das Polizeipräsidium müsse sonst die Einhaltung des Verbots erzwingen.

Das Polizeipräsidium hat dabei die Anweisungen der Regierung ausgeführt. Die Erfahrung der letzten Jahre hat nun gezeigt, daß derartige Kundgebungen einiger hundert Beteiligter unschwer ins Werk zu setzen sind und sich in der gegenwärtigen gespannten Lage mit reißender Schnelligkeit zu blutigen Tumulten ohne Sinn und Ziel auswachsen, die niemand nützen, unserm Wirtschaftsleben und der Volksgesamtheit aber schweren Schaden zufügen.

Trotz dem Ersuchen des Polizeipräsidiums hat die Leitung der Erwerbslosenversammlung den Demonstrationsumzug nicht verhindert. Den Anweisungen der ihm entgegentretenden Polizeibeamten wurde nicht Folge geleistet. Einige Hundert der Teilnehmer an dem Umzug drangen bis zum Rathause vor, forderten die Absetzung zweier Beamten und hielten unverhüllte Drohungen gegen deren Leben aus, als diesem Absetzungsverlangen selbstverständlich nicht entsprochen werden konnte.

Es wird auf das eindringlichste vor einer Wiederholung derartiger Vorkommnisse gewarnt. Die Regierung wird dem Willen der von ihr vertretenen überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Achtung verschaffen und von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln ihren Anordnungen Achtung erzwingen. Es ist zu hoffen, daß dieser Appell an die Vernunft seine Wirkung tun wird. Besonders gewarnt werden die bei solchen Demonstrationen sich erfahrungsgemäß zahlreich ansammelnden Zuschauer. Wird ein Einschreiten erforderlich, so kann auf sie keine Rücksicht genommen werden. Diejenigen, die sich nicht belehren lassen wollen, werden sich die Folgen ihres Tuns selbst zuzuschreiben haben."

Die Reichstagskandidaten der U. S. P.

Die U. S. P. Groß-Dresden stellt für die Reichstagswahlen folgende acht Kandidaten auf, die in einer Urwahl mit den angegebenen Stimmenzahlen gewählt wurden: Wedel 1873, Ritzau 1727, Kleißner 1390, Edel 1115, Jacob 927, Horn 791, Müller 768 und Thümmel 671.

Auch eine Kriegsfolge

Ein trauriges Bild über die Zunahme der Geschlechtskrankheiten entwirft der Bericht der Dresdner Sittenpolizei. Im Jahre 1919 wurden von den Beamten der Sittenpolizei teils von den Straßen, teils aus Gasthöfen insgesamt 1233 junge Mädchen wegen Gewerbsunzucht und liederlichen Umhertreibens aufgegriffen. Von diesen wurden bei der polizeiärztlichen Untersuchung 487 geschlechtskrank befunden. Im Jahre 1918 wurden von 1340 aufgegriffenen Frauenspersonen 345 geschlechtskrank befunden. Der Prozentsatz der Erkrankten ist aber von 25 Prozent auf 35 Prozent gestiegen. In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres hat sich Zahl der Geschlechtskranken noch weiter erhöht. Von 257 vorgeführten Frauenspersonen waren 103, also 40 Prozent geschlechtskrank.

Zentralarbeiterbibliothek Dresden und Umgegend

Lebhafte Inanspruchnahme war im siebenten Berichtsjahre zu verzeichnen. Durch neugewonnene Partei- und Gewerkschaftsmitglieder erweiterte sich der Kreis der ständigen Leser. Die von Arbeitslosigkeit Betroffenen waren fleißige Besucher der Bibliothek. Insgesamt haben sich 3544 Personen als Leser eingezeichnet. Unter den 307 jugendlichen Lesern bis zum 18. Lebensjahre befinden sich 182 Schulpflichtige. 20,5 Prozent der erwachsenen Mitglieder entfallen auf weibliche Leser. Trotz diesem erfreulichen Resultat blieb immerhin eine weitere Steigerung durch Mitglieder erwünscht, deren Wohnungen oder Arbeitsgelegenheiten in näherer Umgebung der Bibliothek sich befinden.

Die Zentrale war außer der Zeit vom 1. bis 31. August (Ferienzeit) während aller Monate an fünf Tagen der Woche geöffnet. Die Ausgabestelle Löbtau an 51 Tagen und Cotta an 28 Tagen. Nach bisjährigem Zugeständnis ist letztere am 1. August als Ausgabestelle ausgeschieden. Den Grundstock der derzeit existierenden Volksbücherei für die Gemeinden Cotta, Gittersee, Pund und Kleinnaundorf bilden die laut Versammlungsbeschluß des Gewerkschaftskartells unentgeltlich überlassenen Bücherbestände der früheren Ausgabestelle. Bei Auflösung der Volksbücherei erhielten Bücherbestände und vorhanden gewesene Durchlaufgegenstände an das Kartell zurück.

Entleihungen, Leserzahl und Besuche der drei Büchereien zeigt folgende Aufstellung (* nur Halbjahresbericht).

Ausgabestelle	Oeffnungstage	Entleihungen: Unterhaltende Literatur	Entleihungen: Belehrende Literatur	Entleihungen: Insgesamt	Leser: Neugeld	Leser: Erwachsene	Leser: Insgesamt	Besuche
Zentrale .	235	30279	20190	50469	559	2494	3053	32219
Löbtau .	51	3940	1794	5664	155	151	296	3958
*Cotta .	28	1583	1440	3023	113	91	204	2973
	309	35802	23334	59156	807	2737	3544	39244

Von vorstehender Gesamtausgabe entfallen somit 39,2 Prozent auf die belehrende und 60,7 Prozent auf die unterhaltende Literatur, einschließlich der Zeitschriften. Auf einen Leser kommen im Jahre durchschnittlich 16,5 Bücher. Rund fünfmal gelangte der Gesamtbücherbestand der drei Ausgabestellen zur Ausgabe. Von den meistgelesenen Autoren der belehrenden Disziplin seien einige genannt: Fr. Adler, August Bebel, Karl Marx, Karl Kautsky, Georg Mehring, Leo Trotzki, Leo Frobenius, Sven Hedin, Ernst Haeckel, Schilling, Karl v. Steinen, Wilhelm Bölsche, Freiherr Hagenbeck, Ernst Haeckel, Wilhelm Meyer und August Forell. An erster Stelle der schönwissenschaftlichen Literatur stehen die Heimat- und Volksdichter Ludwig Anzengruber, Peter Rosegger, Ludwig Ganghofer, Rudolf Greinz, Wilh. v. Polenz und Karl Schönherr, von Frauen Marie v. Ebner-Eschenbach und Ilse Frapan. Ihnen folgen Anny Wolf, Max Kreyer, Hermann Sudermann, Alois Wenig, Leo Tolstoi und Emile Zola. Wilhelm Busch, Friedrich Gerstäcker und Ludwig Thoma seien ebenfalls erwähnt. Vor den Lesern der Zentrale wohnen 90,5 Prozent im Stadtgebiet, 9,5 Prozent in den Ortschaften der näheren und weiteren Umgebung. In Löbtau kommen in erster Linie die Gemeinden des Weißeritztals als Leserwohnorte in Betracht, ebenfalls bei Cotta die Gemeinden Gittersee, Pund, Cotta und Kleinnaundorf.

Die Friedensentwicklung ergeben am Jahresschluß in der Zentrale 8904 Bücher in Löbtau 2565 Bücher und in Cotta 2081 Bücher, zusammen 12 558 Bücher. Umfangreiche Wohnortbesuche machen sich besonders in der Zentralstelle notwendig. In einer Reihe von Fällen machte sich die Einhaltung des Freiexemplars durch die Gewerkschaften und Boten notwendig.

Der undichte Weißeritzmühlgraben

Die Kreishauptmannschaft Dresden als Wasseramt hatte sich mit einem Antrage der Firma A. Seifert, Hof- und Bodenfabrik, und den Firmen Bombach und Herzog auf Verlängerung der Erlaubnis der vorläufigen Wasserentnahme zum Weißeritzmühlgraben zu beschäftigen. Den drei Firmen, die sämtlich Interessenten waren, ist es mit Rücksicht auf den Kohlenmangel eine möglichste Ausnutzung der Wasserkraft geboten erschien, in der Zeit vom 1. Juni 1919 bis 31. März 1920 eine vermehrte Wasserentnahme aus dem Weißeritzmühlgraben von 0,3 Sekundenliter [illegible] der Bedingung, daß die Antragsteller den den Gebäuden der [illegible] dadurch nachweislich entstehenden Schaden ersetzen müssen. Die drei Firmen wollen nun diese Erlaubnis vom 1. April 1920 auf drei Jahre verlängert haben. Hiergegen hat der Kläger Anton Reiche in Dresden-Plauen Einspruch erhoben. Er behauptet, daß die vermehrte Wasserzuführung in den Weißeritzmühlgraben für ihm an der Hofmühlenstraße gelegenen Betrieb nachteilig sei. Einspruch erhoben haben auch mehrere Grundstücksbesitzer an der Ammonstraße, weil schon wiederholt infolge des [illegible] Wasserdrucks im Weißeritzmühlgraben Wasser in die Keller ihrer Grundstücke gedrungen sei und erheblichen Schaden angerichtet habe. Sie befürchten eine Entwertung ihrer Grundstücke. Der Stadtrat zu Dresden hat gleichfalls Einspruch erhoben.

Aus der Verhandlung ergab sich, daß der Weißeritzmühlgraben an vielen Stellen undicht zu sein scheint und dadurch eine Durchnässung der anliegenden Grundstücke verursacht. Vom Vertreter des städtischen Tiefbauamts wurden die Gebäudeschäden darauf zurückgeführt, daß die Wasserzeichen vielfach überschwemmt seien. Zur Klärung des Sachverhalts soll Anfang Juni ein Weißeritzmühlgraben abgelassen werden, um eine Ortsbesichtigung unter Zuziehung von Sachverständigen und der Parteien zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke wurde die Verhandlung abgebrochen. Den Antragstellern wurde bis auf weiteres die Erlaubnis zur vorläufigen Wasserentnahme erteilt. —

Zigarettenschmuggel und -verhinderziehung

Der Fleischermeister Cadam in Dresden war von einer Gastwirtsfrau gebeten worden, ihr gelegentlich einmal [illegible] Zigaretten zu besorgen. Am 19. März 1919 brachte ihr C. [illegible] 5000 Stück, die er angeblich von einem unbekannten Soldaten gekauft hatte. Die Gastwirtin mußte ihm 17 und 16 Pf. für das Stück bezahlen. Da es sich nach dem Steuergesetz nur um 5-Pf.-Zigaretten handelte, brachte ihm die Gastwirtin 4100 Stück zurück, die er dann auf dem Schlachthofe für 9 und 10 Pf. verkaufte. Da C. unterließ, hat, der Steuerbehörde von diesem Zigarettenverkauf Anzeige zu erstatten und die nach dem Zigarettensteuergesetz vom 1911 vorgeschriebenen Zuschlagssteuermarken zu entwerten, ist er vom Schöffengericht wegen Steuerhinterziehung zu 300 M. Strafe verurteilt worden. Seine Berufung wurde vom Landgerichte verworfen. Der Angeklagte sei als Verkäufer sowohl nach bürgerlichem Recht als auch im Sinne des Zigarettensteuergesetzes anzusehen. Er habe die Zigaretten auf eigene Rechnung gekauft und zu einem hohen Preis wieder verkauft, wenn er auch später im Preise etwas nachgelassen habe. —

Mit der Revision bestritt der Angeklagte, daß er Verkäufer gewesen sei. Er habe die Zigaretten nur für die Gastwirtsfrau gekauft und diese habe ihm das verlegte Geld wieder erstattet. Er habe sich seinerseits nur um eine Gefälligkeit gekümmert, keinesfalls habe er Gewinn erzielen wollen. Eine Steuerdefraudation habe er nicht beabsichtigt. Als Fleischermeister habe er keine Kenntnis von dem Zigarettensteuergesetz gehabt. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel kostenpflichtig verworfen.

Mit der Einrichtung der Mädchenfortbildungsschule in Dresden und der Aufstellung von Grundsätzen für die Erziehungsbeihilfen aus den Mitteln zur Förderung Begabter werden sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am Donnerstag zu beschäftigen haben. Auch wird man sich erneut mit der Neuregelung des Diensteinkommens städtischer Beamte und über die Neuregelung des Wohnungsbeihilfewesens befassen.

Wer versicherungspflichtiger Kinder im Alter vom vierten bis zur sechsten Lebensjahre an den Sammlungen der amerikanischen Gesellschaft der Freunde (Quäker) teilnehmen lassen will, sei hiermit nochmals auf die in den Montag-Abend-Zeitungen erschienene Bekanntmachung des Jugendfürsorgeamts hingewiesen.

Um den Steuerpflichtigen Gelegenheit zu geben, sich in Zweifelsfragen allgemeiner Art auf dem Gebiete des Berufsbildungsrechts, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Umsatz- und Grundwertzuwachssteuer, Reichs- und Landesstempelsteuer, Personen- und Güterverkehrssteuer an amtlicher Stelle eine kurze Auskunft zu holen, ist bei dem Hauptzollamte II eine besondere Auskunftsstelle errichtet worden, die sich im Amtsgebäude, Wasserstr. 3, 3. Stock, Zimmer 77, befindet.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche werden auf die Reichsfleischkarte Serie 11 Rehrücken und Frischfleisch vom Rind und Kalb mit Knochen nach den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt.

In unsrer Notiz in der Montagnummer über den Einbruch der Firma Karl Schütze Nachf. wird uns von der Firma geschrieben: Der in Frage kommende Posten Streichhölzer wurde erst am Tage vorher vom Lieferanten übernommen, lagerte demzufolge auch erst eine Nacht in dem Raume und sollte am Montag an die Filialen zur Erfahrung kommen. Der Gesamtwert des dort gelagerten Artikels betrug etwa 11 000 M., dagegen ist aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil im Werte von etwa 2000 M. vernichtet worden. Bei der Ursache des Brandes gewesen ist, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben, jedoch ist es auszuschließen, daß das Ausbrechen eines unruhig gewordenen Pferdes in Betracht kommen kann, da der Raum, in dem die Hölzer lagerten, durch eine massive, etwa 4 Meter starke Brandmauer getrennt war.

Aus dem Parteileben

6. Unterbezirk. Bezirk Löbtau, Naußlitz, Plauen. Die Bezirksbetriebsrätekonferenz kann Freitag nicht stattfinden. Die Genossen werden ersucht, an diesem Tage sich an der Versammlung des Konsumvereins im Tonkl recht zahlreich zu beteiligen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 24. April, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Pohlstraße, statt. Genosse Sachse wird einen Vortrag über die neuen Steuern halten. Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Bezirk Gruna, Seidnitz, Reid. Morgen Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet die erste Mitgliederversammlung unsers Bezirks in Henkels Restaurant, Bodenbacher Straße, statt. Genosse Bombach hat das Referat übernommen. Genossinnen und Genossen! Es war eine dringende Notwendigkeit, unsern Bezirk selbständig zu machen, die Lage erforderte es. Wir bitten daher, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen und alles daran zu setzen, daß diese Tage die besten im 6. Kreise werden.

Plauenscher Grund

Deuben. Nähmittelverteilung. Abschnitt 41 der Kleinmittelkarte auf die Zeit vom 14. März bis 10. April wird ab heute wie folgt beliefert: Karte A mit 250 Gramm Reis für 1,50 M. oder 2 Pakete Zwieback für 1,80 M., Karte B mit [illegible] Gramm Hafergrütze für 25 Pf. und 125 Gramm Suppen für 30 Pf., Karte C und D mit je 125 Gramm Suppen für 30 Pf. In den Geschäften des Konsumvereins fehlen 125 Gramm Suppen 40 Pf. — Die Ausgabe der Sonderzulage von Butter oder Margarine als Ersatz für Bezugscheine auf die Abschnitte 17 und 18 der Fettkarte erfolgt für den hiesigen Ort am Fr., 23. und 24. April, bei der Butterkommission von Gräfe in Deuben. Auf jeden Abschnitt gelangen 100 Gramm zur Verteilung.

Birkigt. Verteilung ab heute Mittwoch: Zusätzliche Rücksendung auf Abschnitt X der Sonderkarte für Cotta je 6 Gramm [illegible] Haferflocken frei in den Geschäften von Alb. Jet., Kaiserstr. [illegible] Schumann zu 3,60 M. das Pfund. — Verteilung von Kaffeersatz, nachm. von 2 bis 4 Uhr, im Schulhause, Kaiserstr. [illegible] laufende Nr. 556—570, je zwei Pfennigter. Gegebenen werden im Geschäftszimmer, Zimmer 5, Fr. Karolinenstr. in Deuben, [illegible] Nr. 571 bis Ende und 1—20, je zwei Pfennigter. Die Kartenausgabe Donnerstag, vorm. von 10 bis 11 Uhr, vorzunehmen.

Löbtau. Diejenigen Gartenbesitzer, die ihre Kartoffeln noch nicht amtlich beliefert bekommen, können in den Geschäften von Hauptmann und Kunhold sowie in der 67. Verkaufsstelle des Kreisverbands Gartenbau gegen Vorlegung der [illegible] Kartoffeln beziehen. Für [illegible] zum Preise von 2,50 M. oder ½ Pfund bei Kartoffeln zum Preise von 4,80 M. geliefert.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kreismitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Altstadt

Die Kreismitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Altstadt fand gestern abend, vom Genossen Hamann geleitet, im Saale des Volkshauses statt. Genosse Bezirkssekretär Kühn berichtete zuerst über die Landeskonferenz, deren Delegiertenzahl für dieses Jahr durch das Landesstatut festgelegt sei. Der wichtigste Punkt der Konferenz sei Aussprache über die politische Lage und die damit verbundene Rechenschaftslegung der Gesamtpartei über Regierungspolitik. Genosse Kühn ging dann näher auf die Schwierigkeiten ein, mit denen Regierung und Partei zu kämpfen haben und denen die Kritik der Genossen Rechnung tragen müsse. Die Mißstimmung im Lande sei zum Teil unberechtigt, da die Regierung meist gute Gründe für Tun und Unterlassen jederzeit zum Ausdruck gebracht, doch mußten sie die Schwierigkeiten der Lage anerkennen. In veränderten Parteilage, die uns zur Regierungspartei gemacht hat, die für den Wiederaufbau des zu Boden getretenen Volkes die Verantwortung übernommen, hat die Fraktion als Mahner und Warner gewirkt. Nach dem Putsch der Kappisten stellten Landesparteileitung und Volkskammerfraktion zusammen die elf Punkte auf, die unbedingt durchgeführt werden müssen. Genosse Kühn ging dann noch einmal ausführlich auf die wichtigsten dieser elf Punkte ein und kam dann auf die im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen vielfach auftretenden Wünsche nach einer Regierungsumbildung zu sprechen, die er nicht für durchführbar halte, da eine rein sozialistische Regierung der Demokratie widersprechen würde. Eine Verbindung mit den Unabhängigen unter Ausschluß der Demokraten würde doch wieder zum Auseinandergehen führen, da die Unabhängigen mehr forderten, als durchzuführen sei. Und da sich dann die Demokraten nicht als Notnagel gebrauchen lassen würden, wäre eine Katastrophe für Land, Partei und Republik in fast sicherer Aussicht. Der Landesparteitag läßt sich hoffentlich durch Stimmungen nicht auf radikale Bahnen weisen; den Unabhängigen sei es kaum ernst mit der Mitarbeit, sie wollen keine Verantwortung auf sich nehmen und würden sich bei jener geradezu selber abschaffen.

Die kommenden Wahlen sehen uns als Regierungspartei gleichfalls in schwierigster Stellung sowohl gegen rechts wie gegen links, doch dürfen wir von unserm Programm: Für Demokratie und Sozialismus, für Wiederaufbau auf realer Grundlage, nicht abweichen. Keine Versprechungen, die nicht zu halten sind! Mit den Unabhängigen sind Vereinbarungen getroffen worden, in beiden Lagern den Wahlkampf in erster Linie gegen rechts zu führen. Die Praxis wird zeigen, wieweit die Unabhängigen dies durchführen wollen und können. Jedenfalls dürfen wir bezüglich des Wahlerfolgs in der Wirksamkeit unsrer bisher bewährten Grundsätze nicht zweifeln. Wir können frisch und hoffnungsfreudig in ihn eintreten. Mit einem Hinweis auf die große Verantwortung der diesjährigen Landeskonferenz in der ernsten Situation, die auch ihre Kritik mäßigen werde, schloß der Redner.

Ein Antrag, vom Genossen Georgi begründet, der Wichtigkeit der Situation wegen zwei Delegierte zum Landesparteitag zu senden, wurde, da angesichts der statutarischen Bindung sich nur wenige Redner für ihn aussprachen, am Schlusse der Versammlung zurückgezogen.

Genosse Schubert bestreitet das Recht der Parteigenossen, die Schuld auf die Regierung zu häufen. Sie haben die Regierung selber im Stiche gelassen. Redner illustriert dies durch die Tatsache, daß trotz stürmisch verlangter Trennung von Schule und Kirche die Mehrzahl der Arbeiter und Genossen ihre Kinder freiwillig weiter an den Religionsunterricht sende.

Genosse Reichel kritisiert es, daß die Regierung nicht der Stimmung im Lande und besonders in der demokratisch gesinnten Beamtenschaft Rechnung getragen und in den entscheidenden Tagen nicht genug Energie zum Durchgreifen aufgebracht habe. Der sozialdemokratische Beamtenausschuß habe damals den Ministern Graßmann und Uhlig Vorschläge zur Demokratisierung der Beamtenschaft gemacht, sozialdemokratisch Gesinnte aus dem ganzen Lande in Vorschlag gebracht, aber die Minister seien nicht darauf eingegangen und die Beteiligten hatten das Gefühl, daß die Minister nicht konnten oder gar nicht wollten. Sie wagten nicht, die Widerstände in der hohen Beamtenschaft zu brechen. Diese handhaben die Sabotage mit raffinierter Geschicklichkeit; sie ist schwer nachzuweisen, aber sie wird getrieben. Die hohen sozialdemokratischen Beamten, die allein stehen, sind ganz hilflos der Bureaukratie ausgeliefert; es müssen ihnen unbedingt Kräfte in genügender Anzahl beigeordnet werden, sonst kann es nicht vorwärts gehen. Kräfte sind genügend vorhanden. Wie es jetzt geht, treibt man die Beamten den Demokraten zu, die besser die Situation zu nutzen wissen. Es steht fest, daß die Geheimratskreise Maßregelungen sozialdemokratischer Beamten planen. Genosse Graßmann habe sich in den letzten Jahren seiner sozialdemokratischen Tätigkeit die allergrößten Verdienste erworben, aber im Augenblicke der Not, als es galt, Energie zu zeigen, habe er versagt. Die Nichtberücksichtigung der sozialdemokratischen unteren und mittleren Beamten sei ein schwerer Fehler, da man nur über sie das Kleinbürgertum, mit dem sie in engster Verbindung stehen, gewinnen könne. Der alte Obrigkeitsstaat tat alles, um Beamte und Arbeiter nicht zusammenkommen zu lassen — das müsse man bessern; gerade die Wahlen böten beste Gelegenheit dazu.

Genosse Fräßdorf warnt vor Pessimismus in der Frage der Wahlen und der Zukunft. Man muß Mut und Vertrauen zur Partei und sich selber haben. Wir hatten leider, als es zum Klappen kam, weder das Zeug noch die Personen zur Regierung, weil wir uns hauptsächlich an der Kritik gegen die alte Regierung genügen ließen. Darum soll man alte verdiente Führer nicht fallen lassen. In der Behauptung, daß nicht genügend im Beamtenkörper reformiert worden, sei einiges richtig, aber gegen bestehende Gesetze könne die Regierung nicht handeln. Die Spaltung der Arbeiterschaft sei zu bedauern, doch dürfe man sich von den Unabhängigen nicht in den Sumpf ziehen lassen. Der Wahlkampf wird schwer sein, doch müssen wir prinzipienfest gegen rechts wie links bleiben. Bei den Wahlen müssen wir aus der Verteidigungsstellung heraus; im Angriffskampfe werden wir Erfolg haben.

Genosse Langmack warnt davor, alles vom Beamtenstandpunkte anzusehen. Die Regierung ist anzuspornen; sie muß mehr Arbeiter an leitende Posten stellen, auch radikale Schreier, damit sie selber merken, was möglich ist. In der Maßregelfrage sei der Fraktion vorzuwerfen, daß sie nicht genug geschoben habe. Es muß demokratisch regiert werden und nicht gegen die Mehrzahl der Wähler; da kann es ohne Kompromisse nicht abgehen.

Genosse Neubert tritt für den ersten Mai als Gesamtvolksfeiertag ein.

Genosse Sündermann mahnt, statt die Regierung anzugreifen, an die eigene Brust zu schlagen. Kleinmut sei nicht am Platze, aber unentwegte Arbeit für die Aufklärung vonnöten. Auch er bedauert die Lauheit der Genossen in der Kirchenaustritts- und Religionsunterrichtsfrage.

Genossin Gruber meint, es sei nicht viel erreicht worden, weil die Partei und ihre Presse seit dem 9. November kritiklos gewirkt seien. Trotz allen Schwierigkeiten hätte die Regierung härtiger sozialistisch wirken müssen, doch sei eben die Masse hieran nicht ohne Schuld.

Genosse Sindermann hofft auf guten Ausgang der Wahl, doch sind wir in keiner vorteilhaften Lage, auch nicht in bezug auf den Wahltermin, weshalb die Landeswahlen noch hinauszuschieben sind. Die Beamtenfrage sei wegen der widerstrebenden Pensionsgesetze schwer lösbar. In der Regierung sei mit den Unabhängigen nicht zu arbeiten; außerdem sind sie wenig mächtig, sie werden von den Kommunisten an die Wand gedrückt. An unserer Regierungsmisere sind neben den ganzen alten Zuständen auch wir mit Schuld, da wir ganz unvorbereitet waren. Die sozialdemokratischen Beamten sind von uns zu stützen und zu fördern, desgleichen die Lehrer, die von allen Reaktionären im Lande hart bedrängt werden.

Genosse Arzt findet keinen Grund zur Kopfhängerei. Die Mehrheitssozialisten gehen den richtigen Weg; wir müssen Selbstvertrauen haben trotz allem Ernste der Zeit. Gute Köpfe gibt es nicht im Ueberfluß, man soll sie nicht mißhandeln; Gradnauers Ablehnung im 6. Kreis sei beklagenswert. Die Presse hat ihre Pflicht getan und politisch gehandelt, wenn sie nicht über jede Kleinigkeit geferte. Die sozialdemokratische Regierung kann den alten Staatsapparat nicht sofort umstellen. Die Sozialdemokratie darf nicht rein egoistisch ausgebeutet, sie muß als Weltanschauung angesehen und propagiert werden. Die Arbeiterschaft war aus materieller und geistiger Not für die Revolution noch nicht reif, sie muß auch nach der ethischen Seite hin orientiert und belehrt werden.

Genosse Hickmann meint, daß die Regierung nicht alles getan habe, den Beamtenkörper sozialdemokratisch zu durchsetzen. Der gute Wille sei nicht zu bestreiten, aber es sei nicht genug. Das Versäumte ist nachzuholen, wenn die Massen nicht über die Regierung hinwegstürmen sollen. Er findet es bedenklich, daß wir ohne Wahlparole in den Wahlkampf eintreten — es müßten wenigstens die nächsten Forderungen aufgestellt werden.

Genosse Kühn geht im Schlußwort auf einige Einzelheiten der Debatte ein und bezeichnet es als taktisch klug, daß die Kritik an der Regierung nicht in allen Fällen an die große Glocke gehängt worden sei.

Hierauf finden die Wahlen statt. Auf Vorschlag durch Genossen Thieme wird Genosse Hamann einstimmig zur Landeskonferenz abgeordnet; auf Vorschlag durch Hamann werden als Kandidaten Genosse Sindermann für die Reichstagswahl, die Genossen Fräßdorf und Arzt einstimmig (bzw. Fräßdorf gegen 2 Stimmen) für die Volkskammerwahl aufgestellt. Ein Vorschlag, für die letztere Wahl auch eine Genossin aufzustellen, wird dem Vorstand überwiesen.

Gewerkschaftsbewegung

Annahme des Schiedsspruchs durch die Bankangestellten

In der Dienstag abend in den Blumensälen abgehaltenen überfüllten und würdig verlaufenen Versammlung der Dresdner Bankangestellten berichtete Herr Bergt über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Er erklärte, daß sich die Angestelltenvertreter dem Schiedsspruch vor der Fällung bedingungslos unterworfen haben, während die Mitglieder des Dresdner Bankierverbandes die Annahme von der Zustimmung des Reichsverbandes der Bankleitungen abhängig machten; die Privat- und Kleinbanken mit Ausnahme der Firma Philipp Elimeyer lehnten ihn ab. Herr Bergt sowie der zweite Sprecher, Herr Klassenbach, empfahlen die Annahme des Schiedsspruches, die dann durch Annahme der folgenden Entschließung gegen eine Stimme bei vier Enthaltungen auch erfolgte:

„Die am 20. April 1920 in den überfüllten Blumensälen versammelte Bankangestelltenschaft Dresdens hat von dem Schiedsspruche des Schlichtungsausschusses Kenntnis genommen und ist gewillt, ihn anzunehmen unter der Voraussetzung, daß die Zentralleitungen der beteiligten Organisationen ihr Einverständnis damit erklären. Die Bankangestelltenschaft ist davon überzeugt, daß dieser Schiedsspruch ihren bescheidenen Wünschen nicht voll Rechnung trägt, sieht sich jedoch durch die Möglichkeit der darin vorgesehenen einigermaßen angepaßten Gehaltsbezüge in die Lage versetzt, ein immerhin etwas besseres Dasein zu führen, als es bisher der Fall war, und ferner eine Möglichkeit, bei event. späteren Verhandlungen einen Unterbau zu besitzen, auf dem dann die endgültige Regelung der gesamten Lebensexistenzbedingungen erfolgen kann. Die Bankangestelltenschaft hat erkannt, daß es nur dem einmütig geschlossenen Vorgehen zu verdanken ist, daß eine solche Regelung erfolgen kann, und ist fest entschlossen, bis zur Beendigung der Aktion treu und gewissenhaft ihre Pflicht in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zu erfüllen."

Vor dem Schlußwort wurde aus der Mitte der Versammlung eine Resolution eingebracht, die den Führern der Dresdner Bankangestellten vollstes Vertrauen aussprach und von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Nach der Annahme des Schiedsspruchs durch die Bankangestellten hängt es nunmehr nur noch von den Banken ab, ob durch deren Beitritt zu dem Schiedsspruch der Friede im Dresdner Bankgewerbe wieder einkehren wird.

•

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet nachstehende Mitteilung:

„Bei den Schlichtungsverhandlungen am Montag hat sich folgendes ergeben: Die Streikführer haben den Streik erklärt, ohne dem Arbeitsministerium, dem Schlichtungsausschuß oder den Bankleitungen mitgeteilt zu haben, was sie eigentlich forderten. Sie beschränkten sich auf die bloße Mitteilung, daß sie in den Streik eintreten würden. So mußten die gestrigen Verhandlungen zunächst unterbrochen werden, um den Bankangestellten Gelegenheit zu geben, erst einmal ihre Forderungen zu formulieren und vorzulegen. Sie haben also unserer Wirtschaft den schweren Schaden ihres Streiks zugefügt, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, den gesetzlichen Weg zur Erreichung ihrer Forderungen zu beschreiten. Dies wilde Verfahren, Lohnforderungen durchzusetzen, grassierte in den ersten Monaten des Vorjahres. Es wurde allmählich überwunden durch die Einsicht der Bevölkerung, daß es zum wirtschaftlichen Nichtsmehr aller gegen alle führen muß. Die mörderischen Folgen für unsre Wirtschaft und für das Leben und Gedeihen jedes einzelnen sind unabsehbar, wenn auch andre Berufsgruppen dem Beispiel der Bankangestellten folgen würden.

Die Bankleitungen werden den Schiedsspruch nach den bisher vorliegenden Nachrichten schwerlich annehmen, weil er in seinen einzelnen Positionen ganz wesentlich über das hinausgeht, was der Reichsverband der Bankleitungen erst vor nicht langer Zeit zugestanden hat, und weil die Dresdner Bankleitungen sich an diesen Beschluß gebunden fühlen.

Eine unerträgliche Erscheinung ist der Terror, der von gewissen Kreisen der Bankangestellten bei der Streikdurchführung angewendet wird. In den Verhandlungen ist festgestellt worden, daß die Angestellten verschiedener Bankgeschäfte einstimmig oder mit Mehrheit den Streik abgelehnt haben, weil in ihren Betrieben zufriedenstellende Arbeitsverhältnisse durch Hausverträge gewährleistet sind. Trotzdem wurde auch in diesen Betrieben durch ganze Trupps Streikender, verstärkt durch Arbeitslose, die mit den Bankangestellten überhaupt nichts zu tun haben, jede Arbeitsmöglichkeit unterbunden. Mit Drohungen und Gewalt werden die Angestellten wie die Bankleiter am Betreten der Bankgebäude behindert. Die Regierung wird diesem Treiben nicht mehr länger zusehen."

Die Arbeitszeit in der Krankenpflege

In einer von rund 400 Personen besuchten Versammlung des im Dresdner Gesundheitswesen beschäftigten Personals am 16. April im Volksbrunnen behandelte der Gauleiter des Pflegepersonals das jahrzehntelange Ringen der Arbeiterschaft um den Achtstundentag. Sei es auch bis zur Revolution nicht voll erfolgreich gewesen, so habe es doch in allen Berufen zu einer starken Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Nur im Krankenpflegeberuf sei nicht nur vor dem Kriege 12 bis 16 Stunden und noch länger gearbeitet worden, sondern auch heute noch. Das sei dem Personal meist selbst zuzuschreiben, da es sich noch sehr wenig um die freie Gewerkschaftsbewegung gekümmert hat.

Dann berichtete der Referent über die Verhandlungen des Ausschusses, der sich vom 19. bis 21. Februar in Berlin mit dem Achtstundentage im Krankenpflegeberuf beschäftigte. Er tadelte die ungünstige Zusammensetzung dieses Ausschusses, ferner die Art und Weise, mit der man das Material gegen den Achtstundentag zusammengesucht habe, sowie den Umstand, daß sich auch ein Teil des Personals von Aerzten und Verwaltungsbeamten habe zur Stimmabgabe gegen den Achtstundentag beeinflussen lassen. Daß dieses 1½ Jahre nach der Revolution noch möglich war, sei ebenso unverständlich wie die Forderung, daß das für das Volkes Wohlfahrt und Gesundheit arbeitende Personal noch 60 Stunden und darüber in der Woche arbeiten solle.

Einstimmig wurde die Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit und ihre entschiedene Durchführung in den Anstalten, wo sie noch nicht besteht, gefordert.

Dann gab der Gauleiter noch bekannt, daß ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses die Badeanstaltsbesitzer zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Organisation des Pflegepersonals anhält. Ferner wurde vor dem Schlichtungsausschuß erreicht, daß sich der Verband der sächsischen Heilanstalten und Sanatorien zu Tarifverhandlungen bereit erklärte. Mit der Dresdner Ortsgruppe der gemeinnützigen und privaten Anstalten und mit der Ortskrankenkasse Dresden steht die Organisation in Tarifverhandlungen. Die Vereinigung der Klinikenbesitzer hat ebenfalls Verhandlungen zugesagt. Wenn sich das gesamte Pflegepersonal der Reichssektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließt, dann werden alle diese Verhandlungen erfolgreich sein und dem Personal gute Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen.

Die gewerkschaftliche Organisation des Post- und Telegraphenpersonals

Ueber das Thema: Gibt es eine freie Gewerkschaft für die im Post- und Telegraphenwesen beschäftigten Beamten? hielt Kollege Schiller einen Vortrag in einer öffentlichen Versammlung des Post- u. Telegraphenpersonals am 14. April. Er trat nachdrücklich für den Anschluß an den Verband des Post- und Telegraphenpersonals ein, der als Mitgliedschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes die berufene freigewerkschaftliche Interessenvertretung der im Post- und Telegraphenwesen beschäftigten Beamten sei. Dann führte Bezirksführer Langer aus, daß die kampfgewohnte Arbeiterschaft diesen Beamten Rechte miterkämpft habe, die sie seit dem Tage der Revolution noch nicht nutzbar zu machen verstanden. Die kleine Schar der unteren Beamten, die in die sozialdemokratischen Parteien eintraten, hätten die solidarische Pflicht, sich gewerkschaftlich mit den Postbeliefern zu verbinden, die doch bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung im gewissen Sinne bahnbrechend für sie arbeiten. Ferner hob Bezirksführer Langer hervor, daß die sozialdemokratischen Parteien die politischen Vertretungen einer leidenden und unterdrückten, aber gewaltigen und emporstrebenden Klasse seien. Zu dieser Klasse gehöre auch der geringbesoldete Beamte. Er solle die Rangunterschiede ablegen und sich an die Seite der kampfgewohnten Postbeliefer stellen, indem er mit seinen Kollegen in die freie Gewerkschaft des Post- und Telegraphenpersonals vollzählig eintritt.

Eisenbahnerstreik im belgischen Besetzungsgebiet

Brüssel, 21. April. Havas-Reuter verbreiten eine Blättermeldung, wonach die Eisenbahner in dem von Belgiern besetzten deutschen Gebiete in den Ausstand getreten seien. Der ganze Eisenbahndienst sei eingestellt worden.

Briefkasten

R. H., Gittersee. (Leider verspätet.) Sie müssen sich wegen der Kriegsanleihe an die Geschäftsstelle des Bataillons oder dessen Abwicklungsstelle wenden. Ist alles vergeblich, dann an das Kriegsministerium. Es ist auch leicht möglich, daß ihr Kriegsanleihe-Stück bereits an das Gemeindeamt abgeliefert worden ist.

Pferderat. Sie könnten nur die vorgesetzte Behörde aufmerksam machen; zum direkten Eingreifen, insbesondere zur Prüfung der Kasse, haben Sie kein Recht.

K. B. Sie könnten nichts weiter tun als wegen Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung Beschwerde führen.

R. B. 8. Wenden Sie sich an das Wahl- und Listenamt der Stadt Dresden, dort erfahren Sie alles zuverlässig, was zur Einbürgerung erforderlich ist.

K. K. Gegen die Verpachtung des Landes ist nichts zu machen. Der Pachtpreis allein für das Land soll 6 Pf. für das Quadratmeter nicht übersteigen, kann aber höher sein, wenn Umzäunung, Wasserzuführung usw. mit verpachtet werden.

J. P., Leubnitz-Neuostra. Die Kosten für die Einbürgerung richten sich nach der Höhe des Einkommens und dürfen 15 bis 50 M. betragen. Der von Ihnen gezahlte Betrag könnte nur als angemessen bezeichnet werden, wenn Sie ein wesentlich über dem Durchschnitt stehendes Einkommen hätten. Eine Verfügung, wonach die Einbürgerung von Deutschösterreichern kostenlos zu erfolgen hätte, ist niemals ergangen.

F. Th., Wilder-Mann-Straße. 1. Nur wenn die Begattung durch Hinterlist, Drohung, Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses oder gewaltsam erreicht worden ist, steht der Geschwängerten ein Anspruch auch für einen Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, also für die Ehre des Mädchens, zu. Ueber die Höhe einer solchen Forderung enthält das Gesetz keine Bestimmungen. 2. Der Schwängerer muß für alle Kosten aufkommen, die durch die Niederkunft entstanden sind, auch für einen Lohnausfall in der Zeit vor der Entbindung. Ein bestimmter Kostensatz besteht nicht. Sie müssen eben eine Rechnung über die Kosten aufstellen. Die Forderung ist von dem Mädchen an den Verführer geltend zu machen. 3. Die Kosten für Verpflegung usw. können unter normalen Verhältnissen für sechs Wochen gefordert werden.

W. M. 6. Die Berechtigung zur Erteilung des Filmunterrichts ist von keiner Prüfung abhängig.

O. Sch., Kötzschbroda (50 Pf.). Wenn Sie reklamieren wollen, müssen Sie Ihr Einkommen genau angeben und dadurch nachweisen, daß Sie nicht soviel Einkommen haben wie bei der Einschätzung angenommen worden ist. Die Eingabe ist an die Bezirkssteuerstelle (jetzt Finanzamt) zu richten. Wenn Sie nicht selbst mit der Reklamation zurechtkommen, können Sie sich an das Arbeitersekretariat wenden.

W. H., Niederlößnitz. Versuchen Sie es durch gütliche Verhandlungen. Dadurch wird sich vielleicht die Anstalt mit der gewählten Dienststelle einverstanden erklären. Wenn Sie den Sohn gänzlich aus der Anstalt heraus haben wollen, müssen Sie einen dahingehenden Antrag beim Amtsgericht stellen.

A. Sch., Gommern. 1. Ein Gesetz, das in der Sparkasse angelegte Notgroschen einer besonderen Besteuerung unterwirft, gibt es nicht. Wenn freilich die Sparkasseneinlage ein Teil eines beträchtlichen Vermögens ist, das in der Kriegszeit erworben wurde, dann könnte natürlich auch die Sparkasseneinlage sowohl von der außerordentlichen Kriegsabgabe oder von der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (Gesetze vom 10. November 1919) oder auch von der sächsischen Vermögenssteuer mit betroffen werden. — Dadurch erledigen sich wohl die übrigen Fragen.

5. Klasse 176. Landeslotterie

6. Ziehungstag am 20. April 1920

(Ohne Gewähr)

200 000 M. auf Nr. 42080 bei Fritz Lencer in Plauen i. V.

10 000 M. auf Nr. 9782 12011.

5000 M. auf Nr. 23151 30498 52533.

3000 M. auf Nr. 2051 2539 6962 24418 25880 32194 32395 37754 48474 44339 45966 50521 50800 61781 62148 63850 67285 72290 73903 75306 81401 99008 100090 107427.

2000 M. auf Nr. 2272 3103 7695 12059 15729 22545 23975 26684 36884 37405 45115 49048 57878 58554 76432 89909 92031 95493 103056 104141 108289.

1000 M. auf Nr. 657 6189 6992 7502 9654 9906 11394 12745 13578 16493 16640 17064 21814 23326 24124 24642 25933 27447 27705 29515 30418 31276 37556 39234 39531 42107 42417 43810 54511 59873 60168 64976 66344 66355 66641 71613 73663 75421 79010 80488 84264 84402 88466 89296 89390 90479 90641 94280 94818 97762 100367 100617 100644 102943 108026 109468.

500 M. auf Nr. 658 7275 7280 9466 10184 10198 10568 11810 13282 13810 14814 15631 17694 21800 22842 22513 23286 23498 26238 29607 30707 30898 34312 35862 37012 37416 37787 42061 42064 42680 43477 45264 46786 48345 50101 51378 52824 54062 56409 58296 58955 63677 65741 72774 73028 74253 75890 77416 79774 83514 88984 89487 90081 91892 92501 92585 93348 95565 96162 96738 96858 97947 99694 99471 105702 108125 109635.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz
für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Tymians Thalia-Theater Anfang 7 Uhr
Täglich: Die Frauen streiken.
Sonntags 2 Vorstellungen um 3½ und 7½ Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Theater

Albert-Theater. Die [illegible] reizende Märchenkomödie von Heinrich Lautenschlag ist eine Sprosse des Naturalismus. Sie hat, wie viele einfältige Stücke dieser Epoche, Grundwerte in Ausgestaltung der Charaktere und des „Milieus". An die künstlerische Bedeutung von Hebbels Jugend- und Meisterprobe „Maria von Nitchneld" reicht sie nicht. Das Werk des [illegible] Lautenschlag enthält, [illegible] es gestaltet ist, [illegible] Gut- und Tiefhaftes enthält, das sich [illegible] bemerkbar macht. Die Hauptfigur Ambrosia ist vom Dichter [illegible] und mit [illegible] ihre Stunde vom Dichter erwarten. Die Ausführung [illegible] hat ihre Ausführung [illegible] den Kompositionen [illegible] einen [illegible] Ambrosia in ihrem Zustande ab. [illegible] die eine „Puppe", dann ist die andere „Puppe". Es geht eben auch in [illegible] Wirklichkeit [illegible] — das Werkzeug der Gottheit, ist in der die Kraft [illegible] an den Menschen und [illegible] Kraft. [illegible] Mann der Zeit. [illegible] über eine [illegible] des Geistes in die Menschen [illegible] wird [illegible] dem [illegible] in der Sprache der Romantik. [illegible] nur [illegible] Gewalt, sondern auch dem Schatz [illegible] Stunden geschenkt hat. Das Triebhafte der Menschen zueinander ist sehr empfunden und mit einfachen, starken Mitteln ausgedrückt; aber um diese Schöpfung einen Theaterabend? — reichlich unökonomisch. Der letzte Akt ist überwiegend im Komödienton der der weiteren hatte. — Die Aufführung verriet künstlerische Absicht — Kuhlmann hat etwas gerade für Werke dieser Art, die, auf breiten Boden gestellt, hat jedoch Charakter sind. Die schwere, langsame Denk- und Gestaltungsweise bäuerlicher Menschen fand in den drei Darstellern echten Ausdruck, trotzdem lenkte sich Langweile manchmal hinüber auf die Szenen. Renne Schönfeldt legte als Ambrosia gern ein, sehr hart in der Empfindung — der charakter Nerbe leider in der Rolle unergiebig. Marianne Fritzsche war als Irma ein recht gefährliches und niederträchtiges Bauernkinder, hatte aber auch in der Gestaltung durch „d' Liab" überzeugende Töne. Der Gerwig des Herrn Flamm war so lorenhaft und so rein, wie ihn sich der Dichter wohl gewünscht hat. — Herr Kuhlmann gab den [illegible] Schatz sehr [illegible].

Einige einleitende Worte über Dichter, Werk und Aufführung sprach Dr. Schreiber. Der äußere Erfolg schien etwas demonstrativ, als ob offene Lücken [illegible] werden sollten. Die ehrlich gelebte Arbeit verdient [illegible] Anerkennung. kg.

Vortragskunst

Aus sorgloser Zeit. Im Palmengarten brachten Hans Stadtrat und Susanne Kind „Lustiges und Verliebtes aus sorgloser Zeit". In Biedermeierrahmen und -kostüm [illegible] zur Laute und Zither. Duette und Gedichte der Romantiker von sehr verschiedenem Werte. Lebhafter Beifall und [illegible] gaben bewiesen, wie sehr den Gästen dieser Ausflug in die Zeit der Urgroßeltern gefiel.

Dresdner Kalender

Theater am 22. April. Opernhaus: Hoffmanns Erzählungen (7). — Schauspielhaus: Robert und Bertram (7). Albert-Theater: (Schule Lotte Kreisler: Hänsel und Gretel (4). (Gastspiel Barbby: Rote Hemd (7). — Zentral-Theater: Liebe (7). — Residenz-Theater: Filmnacht (7).

Das Königshof-Theater hat für den Monat Mai [illegible] Müller-Hermes sächsische Komödie Kubschnappel, die bereits im Vorjahr einige Male im Albert-Theater zur Aufführung gelangte, erworben.

Sportkartell

Freie Schwimmer. Die für Sonnabend den 24. April, abends 7 Uhr, angesetzte Faltbootfahrt unter Leitung [illegible] 22. April statt (Hauptversammlung). Sonnabend den 27. April Kontrollentour nach dem Augustusbad. Treffen [illegible] Uhr am Platz. Die Sonntag vormittagsübungsstunden im Germania-Bade von jetzt an in der Zeit von 7½—10 Uhr statt.

Einladung
zum Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden-Altst.

Für Freitag den 30. April, vormittags 11 Uhr im amtshauptmannschaftlichen Sitzungssaale.

Dresden, am 20. April 1920.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung.
Müller.

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht für die Geschäftsjahre im Oberamt der Amtshauptmannschaft Dresden-Altst. vom 1. April 1919 bis 31. März 1920.
2. Neuwahl [illegible] für die Geschäftsjahre [illegible] auf das Jahr 1920.
3. Beschlußfassung über die Verwaltung des Bezirksverbandes auf das Jahr 1920.
4. Wahl von Rechnungsprüfern für die Bezirks- und Kreisverwaltungsrechnungen.
5. Wahl der Vertrauensmänner in die bei den Amtsgerichten zu bildenden Schöffen- und Geschworenenlisten für das Jahr 1920.
6. Gemeinschaftsangelegenheiten der Amtshauptmannschaft Dresden-Altst. [illegible] Verwaltungsgemeinschaft. N 19

Fleischversorgung in der Stadt Dresden
vom 19. bis 25. April 1920.

Es erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „M":

Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—17 je 50 Gramm Rindfleisch [illegible] Kalb- und Hammelfleisch vom Kalb und Kalb mit Knochen.

Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marken 1—5 je 50 Gramm Rindfleisch vom Kalb und Hammelfleisch vom Kalb und Kalb mit Knochen.

Der Gesamtpreis für Rindfleisch mit Kalb und Hammelfleisch vom Kalb und Kalb mit Knochen beträgt 5,85 M. für das Pfund, 2,92 M. für 50 Gramm, 1,46 M. für das Pfund Hackfleisch bei Abgabe an den Verbraucher.

Die Kalbsleber ist [illegible] einer bestimmten Zeit beliefert worden. Die Metzger sind [illegible] verpflichtet, für eine gleichmäßige Belieferung [illegible] Kunden zu sorgen.

Dresden, am 20. April 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von verdünnter kondensierter Auslandsmilch, Fettgehalt ca. 2,7 Proz.

Bekanntmachung vom 26. März 1920, abgedruckt in der Dresdner Volkszeitung vom 14. April 1920.

1. **Mittwoch den 21. und Donnerstag den 22. April 1920** wird auf Abschnitt 18 der Reichsfleischkarte ein halbes Liter verdünnte kondensierte Auslandsmilch, Fettgehalt ca. 2,7 Prozent, zum Preise von 1,45 M. [illegible] der entsprechenden Menge herausgereicht. Die Kontrolle auf Einhaltung [illegible] wird [illegible].
2. Die Verteilung erfolgt [illegible] durch die Milchhändler und Milchgeschäfte, bei denen die Karte zur Kennzeichnung [illegible].
3. Die Milchhändler haben die Milch [illegible] von der Zentralmolkerei zu beziehen. [illegible] und [illegible].
4. Zuwiderhandlungen sind strafbar nach der Bundesratsverordnung vom 26. November 1915. [illegible]

Dresden, am 20. April 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Kaffee-Ersatz.

§ 1. Abschnitt 21 der [illegible] Lebensmittelkarte A: **600 Gramm Kaffee-Ersatz** für 1 M. (1 M. [illegible]).

§ 2. Verteilung beim Kaufmann: **21. oder 22. April 1920.**

§ 3. Verteilung an die Gastwirte: **23. oder 24. April 1920.**

§ 4. Für Gastwirte sind eingeschlossen:

a) Gastwirte bei Kleinhandel und Großverbrauchsgeschäften wie [illegible]

b) in Gruppe der Firmen:

Kaffee-Rösterei. Gebrüder [illegible]: **Emil Gemeinhardt,** Uhlandstraße 6; **Hermann Kaiser,** Schandauer [illegible]; **Albert Klemm,** Uhlandstraße 29; **Hermann Nitzschke,** Schandauer [illegible]; **J. Wolf,** Dresdner [illegible]; **Otto Kraus,** [illegible]; **R. Schönberg,** [illegible]; **Friedrich Schumann,** [illegible]; **Karl Schöne Nachf.,** [illegible]; **Emil Jäger,** [illegible]; **Oskar Britta Nachf.,** [illegible].

§ 5. Abschnitt [illegible] der Kartenausgabe **28. April 1920.** N 20

§ 6. Zuwiderhandlungen: Strafbestimmungen vom 26. September 1916.

Dresden, am 20. April 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Bekanntmachung
über Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung.

1. Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 1. April 1920 werden mit Wirkung vom 26. April 1920 an neu der Krankenversicherungspflicht nach der Reichsversicherungsordnung unterliegt:

1. Bergbeamte, Werkmeister und andre Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet;
2. Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Schüler und Schülerinnen in Apotheken;
3. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen;
4. Lehrer und Erzieher;
5. Schiffer auf deutschen Seefahrzeugen, soweit sie nicht unter die §§ 553 bis 555 b des Handelsgesetzbuches fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschiffahrt,

wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden und ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 3000 M., aber nicht mehr als 20 000 M. an Entgelt beträgt.

2. Wer in der Zeit seit dem 2. September 1918 wegen Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 3000 M. aus unserer Krankenkasse ausgeschieden ist, kann der Kasse binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Vorschriften die Wiederaufnahme als Mitglied gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung beantragen, sofern er beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt war und nicht jetzt versicherungspflichtig ist.

Die Kasse kann den Berechtigten, wenn er sich zum Beitritt meldet, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung, der beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für diese Krankheit keinen Anspruch auf Aufnahme.

3. Mit der Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht macht sich eine Neuerstellung der Lohnstufen erforderlich. Sämtliche Arbeitgeber werden hierdurch aufgefordert, alle der Versicherungspflicht unterliegenden Personen unter ausschließlicher Benutzung der amtlichen Kassenformulare unentgeltlich zu einzelnen Meldeformularen bis spätestens den 1. Mai 1920 von neuem anzumelden.

Vordrucke über die Höhe der unterwegs befindlichen Versicherungsverträge liegen ab 26. April bei unsern Geschäftsstellen zur Entnahme bereit.

Dresden, am 20. April 1920.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Stichhoel, Geschäftsführer. 5 054

An Urbin
Alles von allen Lippen, kann kein andrer Schuhputz tippen!
Urbin der gute Schuhputz
In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Vertreter: Max Budnitz, Dresden-A., Königsstraße 19.

Der Bund Herzig in Willsdorf ist als Beauftragter des Kommunalverbandes Dresden-Neustadt
1. zum Ankauf von Schlachtvieh,
2. zur Schlachtung von Vieh,
3. zum Handel mit Fleischerzeugnissen

bestellt worden.
Dresden-Neustadt, am 15. April 1920. N 19
Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Kemnitz. Feuerwehrübung. Die erste Uebung der Pflichtfeuerwehr zu Kemnitz findet Sonntag, 25. April, früh 6½ Uhr, statt. Die feuerwehrpflichtigen Mannschaften, das sind alle männlichen Einwohner vom 21. bis 45. Lebensjahre, haben sich mit angemessener Kleidung am Gerätehause, Hauptstraße 15, zu versammeln. Um bei den einzelnen Uebungen die Instruktionen [illegible] zu erteilen, soll wöchentlich nur ein Teil der Mannschaften antreten. Für [illegible] werden zur Teilnahme an der Uebung der zu der Hauptstraße [illegible] feuerwehrpflichtigen Mannschaften bestimmt. Die an den anderen Straßen wohnenden Feuerwehrmannschaften werden zu den nächsten Uebungen herangezogen werden. — Barrett und Kranke sind [illegible]. Uebrige Personen, welche sich nach Feststellung der vorgenannten Pflichten [illegible] bei der Spritze [illegible]. Für das Versäumnis [illegible] gilt die von der Gemeindeverordnung festgesetzte und [illegible] Strafe.

Der nur Uebung nicht, aber unentschuldigt erscheint, oder vor Beendigung der Uebung sich unerlaubt entfernt, wird mit Geld bis zu 60 M. oder mit Haft bestraft.

Besondere Einladungen zur Uebung ergehen nicht. [illegible]
Kemnitz, am 21. April 1920. Der Gemeindevorstand.

Pirna. Abschnitt 20 der Kohlenkarten und Bezugsscheine wird zur Belieferung freigegeben. Preis der Kohle: 11,50 M. für Zentner. Die Mitgliedschaft der Kohlenverbrauchsvereine Pirna, soweit Vorräte in der Geschäftsstelle vorhanden sind, befindet werden. — Die Abschnitte 18—19 der Kohlenkarten und Kohlen- und Kohlenbezugsscheine werden für ungültig erklärt und können nicht mehr beliefert werden.
Pirna, am 20. April 1920. [illegible] Ortskohlenstelle.

Von der Reise zurück
Prof. Dr. med. O. Heller
Spezialarzt für Haut-, Geschlechts- u. Nervenleiden
Dresden-A., An d. Mauer 2, 2., Ecke Seestr.
Täglich [illegible] Uhr, außerdem Dienstags u. Freitags [illegible] Uhr abends

Nach langem schwerem Leiden verschied heute früh 7¾ Uhr unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
Herr Restaurateur
Richard Thierbach
im 68. Lebensjahre.
Dresden, den 20. April 1920.
In tiefer Trauer:
Johanna Herzog geb. Thierbach
Karl Herzog und Enkelin.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. April, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Friedhof Dresden statt. [illegible]

Alle Verwandten, Freunden und Bekannten der traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der
Tischler Julius Brüchner
im Dienstag verschieden ist.
Dresden, Grüne Straße 18.
Die trauernde Witwe E. Brüchner.
Die Einäscherung findet am Freitag, mittags 12 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz statt. Blumenschmuck dankend abgelehnt. [illegible]

Feuerbestattungen
Beerdigungen, Beerdigungen
Dresdner Beerdigungs-Anstalten
Pietät und Heimkehr
Am See 26 Bautzner Str. 37
Fernr. [illegible] Fernr. [illegible]
Bestattungen [illegible]

Fabriks-Realität
mit zirka 100 m² Arbeitsräumen, Turmuhrfabrikation und Zubehörteilen-Werkzeug, in aufstrebendem Orte, sofort beziehbar, für chemische Fabrik in Dresden oder Vororten zu kaufen gesucht.
Gleiche Villa mit 1 bis 2 Wohnungen, gut möbliert, in Dresden-Stadt zu mieten gesucht.
Zuschriften unter „Fabriksrealität" [illegible] an die Annoncen-Expedition B. Donnenberg, Wien I, Singerstraße 1. [illegible]

Eilt! Zahle noch einige Tage **1 M. 50 Pf.** für schmutzig. [illegible] Zeitungspapier, 1 M. 50 Pf. für [illegible] Zeitungspapier, alte Bücher, Zeitschriften, Schulhefte, Geschäftsbücher, Aktenmappen. Tarnowitz, Reichstr. 17 (nur in Leipzig).

Einkauf
von künstl. Zähnen, Platin, Kronstiften, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Stanniol, Quecksilber
Rauch, Gr. Brüdergasse 21, I.

Kriegsbeschädigten-
Geldlotterie
Ziehung 26. bis 30. April:
50 000 M.
25 000 „
15 000 „
10 000 „
5 000 „ usw.
Lose 3 M.
Postgeld u. Liste 60 Pf.
Alexander Hessel
Sächs. Staatslotterie-Einnahme
Dresden, Weiße Gasse 1.

Fahrradmäntel u. -Schläuche
mit kurzer bezogene Kleinmengen, versendet zu mäßigen Preisen
L. Lepper, Leipzig, Salomonstr. 21

Ein neuer Beruf
ist heute die Sorge von Tausenden, die durch den entsetzlichen Krieg ihre Existenz verloren haben, ihren Lebensberuf verlassen haben, **die umlernen müssen.** [illegible] ihre Vorbildung [illegible] zu heben. Examen [illegible] technische Kenntnisse zu erwerben oder [illegible] schaftliche Fachbildung zu erwerben oder [illegible] und fachwissenschaftlichen Kenntnisse zu vervollkommnen. Verlangen Sie daher [illegible] unsere 32 S. starke Broschüre B 102 über [illegible] Unterrichtsmethode Rustin oder [illegible] und fachwissenschaftlichen Bildung [illegible] Broschüre K 103 über das System [illegible] Geld kostenlos und portofrei. Schreiben [illegible] bitten wir anzugeben.
Bernett & Buchfeld, Verlagsbuchhdl., Frankfurt a. M.

Keine Lehrbücher.
Dresdner Techniker-Kurse
Bau-Fachschule, Maschinenbau, Elektrotechnik, Kraftfahrzeugbau, Bauzeichner, Bauführer, Maschinen- u. Betriebstechniker, Elektrotechniker, Kraftfahrzeugtechniker, Bauzeichner.
Beginn des Sommersemesters.

Wir suchen für den 9. Unterbezirk Dresden einen
Parteisekretär.
Derselbe muß agitatorische und organisatorische Befähigung haben und mit [illegible] vertraut sein.
Bewerbungen mit einer hinreichenden Darstellung über den Aufgaben eines Parteisekretärs und dem Zeitpunkt des Eintritts sind zu richten an das Bezirkssekretariat, Dresden-A., Hermannstraße 16, I., einzusenden.

Schmelzer
mit Metallschmelzer Gehen Feuer vertraut, für sofort gesucht.
Sachsenwerk, Werk Radeberg L. 14.

Schuhmacher
Erfahrene Hohlmacher werden bei gut bezahlter Leistung für sofort in Dauerstellung [illegible] und Lehrzeugnisse für Hohlmacher gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle des „Bundes Deutscher Schuhmacher", Jenaer, Berlin SW 19, Wattenscheidstraße 19.

Modistinnen
Phantasiehut-Arbeiterinnen
sucht für sofort auf bekannt lohnende Arbeit
J. M. Kerschek, Dresden-A., Gr. Brüdergasse 21.

Gelernte Bonteriearbeiterinnen für bequeme Heimarbeit sucht [illegible]
Adolf Bauer, Neue Gasse 22.

Bett- u. Wäschefabrik
[illegible]
Angebote [illegible]

Aus der Kunstgalerie
Reichstagen
[illegible]
Dresden, Dr. Theodor Körner-Straße 1, W. 1920.

Kaufe höchstzahlend:
Eine [illegible] Uhr, [illegible] Uhr, [illegible]
M. Langer, [illegible]

W. Spindler
Färberei und chem. Reinigungsanstalt
Annahmestelle:
Schnittlicher Gerberhof, Wiesbadener Str. 13, part.
Telephon 23 067.
Abholung u. Zustellung [illegible]

Altkleider u. Zeug
kauft zu höchsten Preisen [illegible]

Grammophonplatten
Stück von 2 Mark an bei Tapper, [illegible]

Gaskocher
[illegible]
Otto Gruchot, [illegible]

Sehr preiswert
[illegible]
Langer, [illegible]

H. Anzüge
[illegible]

Nordische Fisch-Industrie
Erich Zwinkel

Es gros Verkaufsstelle: Ex detail
Dresden, Neustädter Markthalle
Laubegast, Stadt Amsterdam
Niederlößnitz, Goldene Weintraube
Donnerstag, Freitag und Sonnabend
wiederum große billige Seefischtage.

Hut- und Mützenladen
[illegible]
Herren-Anzüge
[illegible]
Kommer, [illegible]

Gummiwaren
Wilhelm Hennger
Am See [illegible]
[illegible]